

liberal

DEBATTEN ZUR FREIHEIT

3.2016
www.libmag.de
2,90 EURO

Jetzt kostenfrei
abonnieren
(siehe Seite 55)

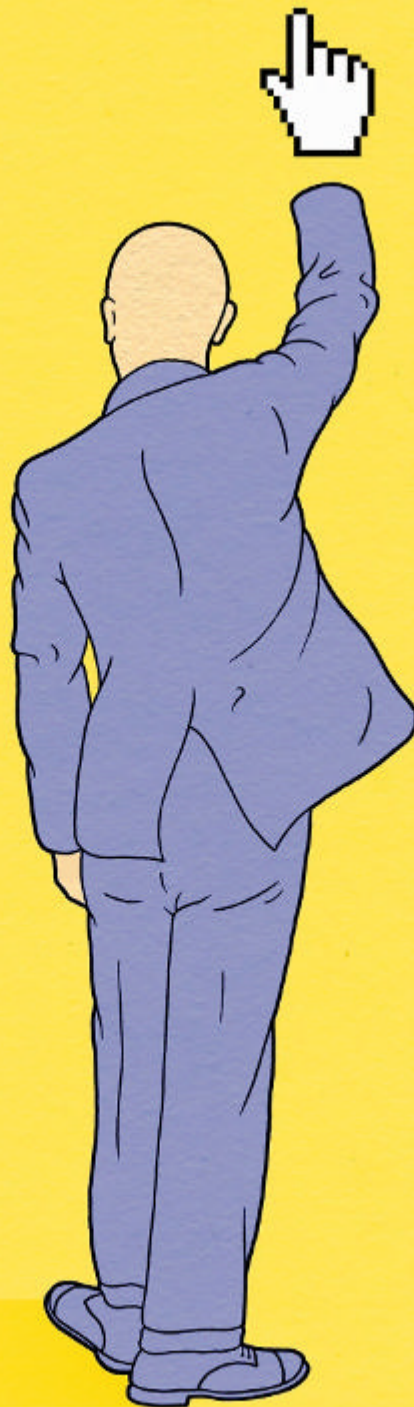
SCHWERPUNKT

WIR SIND DIGITAL

WELCHE FOLGEN DIE VERNETZTE
WELT FÜR WIRTSCHAFT,
VERWALTUNG UND UNSERE
FREIHEIT HAT

IN DIESEM HEFT:

SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBURGER,
THOMAS SATTELBERGER, BERND SCHLÖMER,
HENNING KRUMREY, AXEL BÖRSCH-SUPAN



Analyse
der Land-
tagswahlen

Seite 32 bis 35



Innovation ist der Rohstoff der Zukunft

Roadshow „Mittelstand und Gründer fördern“ tourt 2016 durch Deutschland



Die bundesweite Roadshow der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und ihrer Kooperationspartner bietet Mittelständlern, Start-Ups, Wissenschaft und Politik die Möglichkeit, sich in ihrer Region zu informieren, auszutauschen und zu vernetzen.

An elf Stationen diskutieren wir Fördermöglichkeiten, gesellschaftliche Rahmenbedingungen und konkrete Innovationsprojekte. Informieren Sie sich über politische Rahmenbedingungen für Ihre Vorhaben und erhalten Sie Impulse von regionalen Unternehmen, Initiativen und Netzwerken!



„Mit der Roadshow 2016 wollen wir Gründern und Mittelständlern Impulse für die Verwirklichung ihrer Innovationsprojekte geben. Die Rahmenbedingungen für ein innovationsfreundliches Klima müssen weiter verbessert werden.“

Michael Krause
Geschäftsführer der AiF F-T-K GmbH



„Besonders im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb brauchen wir eine mittelstandsfreundlichere Politik. Deshalb muss die Bundesregierung endlich die Betriebe entlasten. Das verschafft ihnen Luft für Investitionen in Innovationen.“

Prof. Dr. Roland Wöllner
Bundesgeschäftsführer des BVMW

freiheit.org/innovationsoffensive



DOCH NUR WER DIE
GEFAHREN KENNT,
KANN RECHTZEITIG
GEGENSTEUERN –
DER EINZELNE PRIVAT UND
GESCHÄFTLICH, DIE
GESELLSCHAFT POLITISCH.

DAVID HARNASCH
CHEFREDAKTEUR

Kurz vor den Wahlen las Wolf Lepenies für die *Welt* noch mal einen Text des amerikanischen Politikwissenschaftlers Richard Hofstadter aus dem Jahr 1963 mit dem Titel: „The Paranoid Style in American Politics“.

Es ist frappierend, wie präzise dessen Analyse die Situation im Deutschland von 2016 beschreibt: „Die Ausdrücke ‚Wutbürger‘ und ‚Lügenpresse‘ klingen wie die deutsche Übersetzung von ‚Angry Minds‘ und ‚Managed News‘, ‚Pegida‘ ist das Kürzel paranoider Politik: ‚Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes‘.“

Der typische Anhänger von Pegida engagiert sich für eine große Sache: Er ist nicht nur Dresdner und Deutscher, sondern Europäer. Er kämpft gegen die größtmögliche Bedrohung, die in der westlichen Welt denkbar ist: die Zerstörung des Abendlandes. Und als Bedrohung wird das größtmögliche Übel identifiziert: der Islam. In den Wahlkämpfen ist der ‚paranoide Stil‘ zum Bestandteil des politischen Alltags geworden. Mehr noch als die unerträglichen Äußerungen der Parteispitze sollte dabei die Tatsache beunruhigen, dass ‚more or less normal

people‘, wie Hofstadter schrieb, den Parolen der Angstmacher folgen.

Als Angstmache kann man auch große Teile der Diskussion über die Digitalisierung der Gesellschaft bezeichnen. In Wirklichkeit überwiegen im Moment die Vorteile für Gesellschaft und Wirtschaft. Doch nur wer die Gefahren kennt, kann rechtzeitig gegensteuern – der Einzelne privat und geschäftlich, die Gesellschaft politisch. Dafür möchten wir unseren Lesern mit dem Schwerpunkt Digitalisierung das Werkzeug an die Hand geben und gleichzeitig das Thema ins Scheinwerferlicht der politischen Diskussion bringen. Sachverstand hierzu bringt der frühere Vorsitzende der Piratenpartei, Bernd Schlömer, ein, den wir zum Gespräch gebeten haben mit einem anderen prominenten FDP-Neumitglied: Dem früheren Personalchef der Deutschen Telekom Thomas Sattelberger. Sollten Sie bei der Lektüre so viel Freude haben, wie ich beim Führen des Interviews, empfehlen Sie uns weiter! Zu diesem Zweck können Sie übrigens jederzeit weitere Ausgaben der *liberal* gratis anfordern unter abo@libmag.de. ●

STANDARDS

3

EDITORIAL

4

INHALT/IMPRESSUM

22

AUTOREN DER FREIHEIT
Richard Herzinger



24

ZENTRALMOTIV
Frauen am Steuer

38

MIERSCHS MYTHEN
Das Dumpfbackengesetz

50

FUNDSTÜCK

50

WUTPROBE
Unehrlicher Finder
verzweifelt gesucht!

54

ZITATE DER FREIHEIT
Nur Bares ist Wahres



SCHWERPUNKT

Wir sind Digital

Ob Wirtschaft, Politik oder Gesellschaft – immer mehr Bereiche unseres Lebens werden digitalisiert. Und der Prozess steht erst am Anfang. *liberal* hat gefragt: Was steckt eigentlich hinter Schlagworten wie „Industrie 4.0“ und „Big Data“? Schafft oder beschneidet die Digitalisierung unsere Freiheit? Dazu haben wir zusammengetragen, welche Trends durch die digitale Transformation auf uns zukommen und wie wir damit umgehen können.

6

SCHÖNE NEUE ARBEITSWELT

Die Industrie 4.0 wächst rasant. Wir erklären die Reichweite dieser Revolution.

VON KARL-HEINZ LAND

10 

PRIVATSPHÄRE BESSER SCHÜTZEN

Wie keine andere Politikerin der Bundesrepublik steht Sabine Leutheusser-Schnarrenberger für den ausdauernden Kampf gegen das Eindringen in unsere Privatsphäre.

VON BORIS EICHLER

14

EIN HOCH AUF DAS GEHEIMNIS

Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten. Dieses Argument lässt sich entlarven.

VON THOMAS MÖHLE

16

DIE AMTLICHE REVOLUTION MUSS WARTEN

Der digitale Umbau kommt in vielen Städten und Gemeinden nur im Schneckentempo voran. Das frustriert viele Bürger und Unternehmen.

VON MARCEL BERNDT

20 

DIGITALE TÜR ABSCHLIESSEN

Wer seine vertraulichen Daten verschlüsselt, macht Hackern und Spähern das Leben schwer. Ein kleiner Ratgeber, wie Sie Ihre Daten mit ein paar Handgriffen absichern.

VON JIMMY SCHULZ



APP-VERSION

liberal ist auch als iPad- und Androidversion erhältlich und enthält multimediales Zusatzmaterial:

 Audio

 Bildergalerie  Link

 Leseprobe  Video

26



26 KONGENIALES LIBERALEN-DUO

Warum sind der Ex-Manager Thomas Sattelberger und der Ex-Pirat Bernd Schlömer Freie Demokraten geworden?
VON DAVID HARNASCH

30 VIEL HILFT VIEL

Geld für die Integration der Flüchtlinge hält Axel Börsch-Supan für gut investiertes Geld.
VON BORIS EICHLER

32 WAHLANALYSE I

Die Freien Demokraten sind wieder zu einer politischen Macht geworden.
VON HENNING KRUMREY

34 WAHLANALYSE II

Die AfD profitiert von einem Ansehensverlust der Politik insgesamt.
VON THOMAS PETERSEN

36 REDE ZUR FREIHEIT

Ryszard Petru führt Polens Oppositionspartei Nowoczesna als Start-up.
VON BOREK SEVERA

42



40 SCHMALSPUR STATT BREITBAND

Die flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetzugängen kommt nur schleppend voran. Wie schon bei der Energiewende drohen grundlegende Fehler.
VON MATTHIAS KURTH

42 HINFALLEN UND WIEDER AUFSTEHEN

Auf den „Fuckup Nights“ erzählen Unternehmer von ihrem Scheitern. Das zieht immer mehr Besucher an.
VON RALF KALSCHUR

46



46 ALLES NOCH MAL AUF ANFANG

Immer mehr Menschen satteln noch einmal um, wenn sie um die 40 sind und in der Mitte ihres Berufslebens stehen. Viele wagen als Unternehmer einen Neustart.
VON KAPKA TODOROVA

52 ES GEHT DOCH

Liberale sollten sich nicht dafür entschuldigen, dass sie keine Patentrezepte anbieten. Sie sind keine politische Apotheke.
VON WOLFGANG GERHARDT



ABSCHIED

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit trauert um Guido Westerwelle

Seite 23

liberal • Debatten zur Freiheit. Das Magazin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin
Telefon 030/28 87 78 59, Fax 030/28 87 78 49
www.libmag.de

Kontakt: leserbriefe@libmag.de; abo@libmag.de, redaktion@libmag.de

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Manfred Richter, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

Beirat: Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

Gesamtleitung: Kirstin Härtig

Redaktion Friedrich-Naumann-Stiftung

für die Freiheit: David Harnasch (Chefredakteur, v.i.S.d.P.), Boris Eichler (Chef vom Dienst), Thomas Volkmann

Autoren dieser Ausgabe: Marcel Berndt, Boris Eichler, Wolfgang Gerhardt, David Harnasch, Richard Herzinger, Ralf Kalschur, Henning Krumrey, Matthias Kurth, Karl-Heinz Land, Michael Miersch, Thomas Möhle, Hugo Müller-Vogg, Thomas Petersen, Jimmy Schulz, Borek Severa, Kapka Todorova

Gesamtherstellung:

planet c GmbH
Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf
Postfach 10 11 02, 40002 Düsseldorf
Tel.: 0211/542 27-700, www.planetc.co

Verlagsgeschäftsführung: Andrea Wasmuth (Vorsitzende), Thorsten Giersch, Holger Löwe

Redaktionsleitung: Mirko Hackmann

Gestaltung: Ernst Merheim, Andrea Goerke (Grafik), Achim Meissner (Bildredaktion), Getty Images/Ikon Images (Titelbild)

Projektleitung: Jana Teimann

Anzeigen:

Tatjana Moos-Kampermann, Tel. 0211/542 27-671, t.moos@planetc.co (Leitung),

Georgios Giavanoglou, Tel. 0211/542 27-663, g.giavanoglou@planetc.co (Anzeigen-Marketing), Christine Wiechert, Tel. 0211/542 27-672, c.wiechert@planetc.co (Disposition)

Litho: TiMe GmbH

Druck:

Bechtle Druck & Service GmbH & Co. KG
Zeppelinstraße 116, 73730 Esslingen

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Network GmbH, www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über abo@libmag.de

liberal im kostenlosen Abonnement: alles dazu auf Seite 55

Mehr als nur **Nullen** und

Die Botschaft, dass die Digitalisierung unser Leben und die Wirtschaft umkrempelt, ist inzwischen auch in den hinteren Reihen des Bundestages angekommen. Doch wie das abläuft und was sich konkret hinter Schlagwörtern wie „Industrie 4.0“, „Exponentielles Wachstum“, „Big Data“, „Shared Economy“ verbrigt, weiß längst nicht jeder. **Karl-Heinz Land** berät Unternehmen in Fragen der Digitalen Transformation und hat zusammengefasst, welche Trends auf uns und die Unternehmen Deutschlands zukommen — und wie die passenden Reaktionen darauf aussehen können.

// TEXT // **KARL-HEINZ LAND** // ILLUSTRATION // **ERNST MERHEIM**



Einsen

Die Unternehmensberatung Gartner geht davon aus, dass 2020 rund 30 bis 50 Milliarden Dinge im Internet miteinander kommunizieren werden. Daraus werden 1,9 Billionen Dollar an Wertschöpfung entstehen. 80 Prozent davon werden aber Services und Software, also keine Produkte mehr im herkömmlichen Sinne sein. Das ist natürlich eine radikale Veränderung. Allein in Deutschland vermutet man, dass wir 50 Milliarden Euro an Wertschöpfung im Jahr verlieren, weil der Mittelstand seine Chancen nicht wahrnimmt.

Wenn Dinge erst einmal digitalisiert sind, benötige ich sie nicht mehr als physisches Produkt. Nehmen Sie den Schlüssel oder Geld. Sind diese ein Stück Software, eine App auf dem Smartphone, mit der ich bezahle, mein Auto oder meine Haustür öffne, dann muss ich den Schlüssel oder auch das Geld nicht mehr herstellen. Das heißt aber im Klartext: Wenn ich das physische Produkt nicht mehr benötige, muss ich auch nicht mehr die Maschine herstellen, mit der »





Der Konsument von heute ist zu einem sehr fordernden Subjekt/Objekt geworden.

Er will nicht mehr warten.

Deswegen haben wir dieses „Ich-will-alles-sofort-und-überall-Prinzip“ erfunden.

dieses produziert wird. Und es gibt weitere Folgen: Ich brauche keine Logistik mehr, die das Rohmaterial heranschafft, Verpackungen produziert und das Endprodukt distribuiert. Die ganze Wertschöpfungskette geht verloren.

Den technologischen Wandel hat es immer schon gegeben. Seit der Erfindung von Feuer und Rad gab es Veränderungen. Das Problem heute ist die Geschwindigkeit, in der der Wandel stattfindet. Der Wandel wird sehr viel schneller kommen, als wir das befürchten oder erhoffen. Wir denken immer linear: Eins und eins macht zwei und eins macht drei usw. Die Computerwelt ist aber nicht linear. Die funktioniert exponentiell. Das sieht man beispielsweise an der Einführung des Fernsehers. Vom ersten Fernseher bis zum weltweit 50-millionsten Fernseher hat es 38 Jahre gedauert. WhatsApp hatte 50 Millionen Benutzer nach 18 Monaten. Das ist Exponentialität und wir können dies nicht begreifen.

Viele reden heute über „Industrie 4.0“ und ich sage: „Industrie 4.0“ ist der falsche Begriff. Wir müssen es „Wirtschaft 4.0“ nennen. Es fängt beim Rohstoff und Material an, geht über die Logistik, dann kommt die Produktion, da werden Sensoren und Maschinen miteinander kommunizieren. Und dann gibt es noch einen Marketing-, Vertriebs- und Logistik-Prozess, der bis zum Endkunden führt. Denn letztendlich landet alles irgendwann bei einem Konsumenten. Wir müssen uns klarmachen: Heute leben sehr viele Mittelständler in der Welt davon, Business-to-Business zu arbeiten. Große Sanitärhersteller oder Elektrohersteller verkaufen an den Handel und der Handel an den Konsumenten. Das sind dreistufige Vertriebsmodelle. Die Digitalisierung führt aber dazu, dass immer mehr Unternehmen in zweistufigen Modellen arbeiten werden. Der Mittelsmann fällt weg: der Makler in der Versicherung, in der Musikindustrie der Verteiler der CDs. Auf einmal greift man auf die Musikdatei bei Apple oder Spotify direkt zu. Dadurch verschiebt sich die Wertschöpfung. Unternehmen müssen sich über Endkunden Gedanken machen, E-Shops aufsetzen, die auch noch gut für die Marge sind. Aber es ist natürlich schlecht für den Zwischenhandel, denn der geht in diesem Zug verloren.

Wir sind zur „Instant-Society“ geworden

Wir müssen die gesamte Wertschöpfung betrachten und letztendlich in Kundennutzen denken. Drei Bereiche sind für die digitale Transformation der Unternehmen wesentlich:

Der erste Bereich ist die Customer Experience, also die Schaffung positiver Kundenerfahrungen zum Aufbau einer emotionalen Bindung zwischen Anwender und Produkt oder Anbieter.

Der zweite Bereich betrifft die Produkte und Services als solche. Beispielsweise lautet die Frage: „Muss ich nur einen Sensor an mein Produkt machen, um es besser zu machen, oder wird, wie beim Schlüssel, mein Produkt komplett verschwinden?“

Der dritte Bereich ist die interne Effizienz oder „Unternehmen 3.0“, bei dem es darum geht, Prozessketten intern zu verbessern – also durch Digitalisierung höhere Wertschöpfung zu generieren, zu automatisieren, Zusammenarbeit zu verbessern usw.

Unternehmen müssen verstehen, dass sie drei Transformationsbereiche vor sich haben. Und wenn

Vom ersten Fernseher bis zum weltweit 50-millionsten Fernseher hat es 38 Jahre gedauert.

WhatsApp hatte 50 Millionen Benutzer nach 18 Monaten.



man das nicht versteht oder diese miteinander vermischt, verschließt man sich dem digitalen Wandel.

Der Konsument von heute ist zu einem sehr fordernden Subjekt/Objekt geworden. Er will nicht mehr warten. Deswegen haben wir dieses „Ich-will-alles-sofort-und-überall-Prinzip“ erfunden. Ich will korrekt angesprochen werden, ich will personalisierte, maßgeschneiderte Offerten. Und das passiert heute schon. Turnschuhe lasse ich für mich exklusiv produzieren, nur aus dem Material, aus dem ich sie haben möchte. Ziehe ich zum Schluss noch mein Instagram-Foto darauf, dann gibt es diesen Turnschuh genau nur einmal weltweit.

Das heißt: Wir sind zu einer „Instant Society“ geworden. Wenn wir wissen wollen, wie der Aktienkurs steht, dann schauen wir auf unser Handy und haben den Realtime-Kkurs. Wenn wir wissen wollen, wie das Wetter wird, dann gucken wir auf unser Handy und sehen im Livestream die Wolken an der Stadt vorbeiziehen.

Wenn alles digital ist, der Schlüssel, das Geld, die Kreditkarte, dann hinterlässt das alles digitale Spuren. Digitale Spuren, die ich nutzen kann, um dem Kunden einen besseren Service zu bieten.

In Deutschland haben wir eine gewisse Datenparanoia. Jeder weiß, bei WhatsApp oder in der Dropbox sind die Daten nicht sonderlich sicher, und dennoch nutzt jeder diese Apps. Was für uns in Deutschland schlecht ist, wenn wir das Spiel den USA überlassen. Die Googles, die Apples, die Facebooks leben von Daten. Wir müssen selber zu Datenprotagonisten werden, wir müssen selber zu Datensammlern werden – und zwar unter dem Aspekt: Lieber Kunde, ich will dir ehrlich einen besseren Service geben.

Diese fünf Regeln, die müssen wir in die Köpfe der Unternehmen bringen:

Erstens: Eine Genehmigung ist unbedingt erforderlich. Wenn die Kunden „Nein“ sagt: keine Daten.

Zweitens: Transparenz. Wir müssen den Kunden sagen, wofür wir ihre Daten brauchen, wofür wir sie benutzen werden, aber auch, wofür nicht.

Drittens: Verhältnismäßigkeit. Wir dürfen die Kunden nicht nach all ihren Daten fragen bis hin zur PIN-Nummer der Kreditkarte, und dann bekommen sie vielleicht mal ein lauwarmes Glas Milch dafür.

Viertens: Datensicherheit. Wenn mir die Kunden Ihre Daten geben, dann lege ich sie quasi nach Fort Knox.

Fünftens: Umkehrbarkeit. Wenn Sie morgen sagen: Ich möchte diesen Service nicht mehr, dann legen Sie den Schalter als Konsument um und dann muss das Unternehmen das bedingungslos akzeptieren.

Thema Scheitern: Wir in Deutschland tendieren schon bei der Ideenfindung zu 120 Prozent Perfektion. Nur wenn alles minutiös abgesichert ist, dann setzen wir um, und darüber wird vorher drei Jahre lang sinniert. Dann ist die Idee kaputt, bevor sie in den Markt kommt. Wir müssen uns an agile Methoden gewöhnen. Viele Unternehmen sagen: fail, but fail fast. Schnell scheitern, lernen, weitermachen und nicht aufgeben. Auch die Großen wie Google, Apple, Facebook sind alle zig Mal gescheitert, aber sie haben nicht aufgegeben. ●



ZUR PERSON

KARL-HEINZ LAND ist digitaler Darwinist, Evangelist und Gründer der Strategie- und Transformationsberatung neuland. Er erhielt 2006 den „Technology Pioneer Award“ vom World Economic Forum (WEF) in Davos und dem *Time Magazine*. Lang ist Koautor des Bestsellers „Digitaler Darwinismus“. In seinem neuen Buch „Dematerialisierung“ zeigt Land zusammen mit Ralf T. Kreutzer, welche physischen Produkte künftig durch Digitallösungen ersetzt werden.

redaktion@ilbmag.de





„Jeder hat ein Recht auf Geheimnisse“

Wie keine andere Politikerin der Bundesrepublik steht **SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBARGER** für den ausdauernden Kampf gegen das Eindringen in unsere Privatsphäre. Wie können wir unsere persönlichen Daten schützen? Darüber haben wir mit der ehemaligen Bundesjustizministerin gesprochen.

// INTERVIEW // **BORIS EICHLER**

LIBERAL: *Datenschutz ist ein Wort, das in den 1970er-Jahren aufkam. Wie steht es mit dem Bewusstsein für Privatheit, das ja damit eng verbunden ist? Gibt es das auch erst seitdem?*

Vor 40 Jahren war das Bewusstsein für den Schutz der Privatsphäre noch nicht sehr ausgeprägt. Wir müssen uns vor Augen führen: Es war die RAF-Zeit, man debattierte eher über Dinge wie eine Notstandsgesetzgebung. Datenschutz galt seinerzeit als ein Randthema. Es ist kein Zufall, dass das Grundsatzurteil zu diesem Thema, das Volkszählungsurteil, erst im Jahr 1983 gesprochen wurde.

War damals nicht mehr als heute das Gefühl verbreitet, dass es Dinge gibt, die andere nichts angehen?

Ich glaube schon, dass es zu jener Zeit selbstverständlicher war, einen privaten Rückzugsraum zu haben, vor allem also

Haus oder Wohnung, womöglich auch den Garten. Damals konnte niemand eine Drohne mit Fotoapparat über das Grundstück des Nachbarn fliegen lassen. In den Straßen gab es keine Videokameras. Das alles kam später. Wer privat sein wollte, konnte dies tun, ohne sich aus den gesellschaftlichen Entwicklungen herausziehen zu müssen. In Bezug auf die Intaktheit der Privatsphäre war das eine wunderschöne Zeit.

Wenn ich als Junge zu neugierig war, maßregelte meine Großmutter mich mit den Worten: „Das geht dich nichts an.“

Diesen Satz kenne ich auch noch sehr gut aus meinem damaligen privaten Umfeld. Eine schöne Haltung – wenn man sie denn durchsetzen kann.

Im Kontrast dazu hören wir heute häufig die Formulierung: „Ich habe doch nichts zu

verbergen“ – ein Klassiker, wenn es um das Thema Innere Sicherheit geht.

Wer so etwas sagt, dem entgegne ich: Wenn jeder Kriminelle etwas zu verbergen hat, heißt das nicht, dass jeder, der etwas zu verbergen hat, ein Krimineller ist. Es geht einfach darum, dass jeder ein Recht auf Geheimnisse hat, auf persönliche Dinge, die keinen anderen Menschen etwas angehen.

Das Abfangen meiner Daten ist eigentlich nichts anderes als eine bequeme Form der Hausdurchsuchung. Wer an meinen Rechner herankommt, weiß alles über mich. Jüngeren Menschen ist das bewusst, vielen älteren nicht ...

Welche Begriffe haben Sie gegoogelt? Welche Webseiten haben Sie besucht? Unser Computer ist, wie Verfassungsrichter Hassemer gesagt hat, unser ausgelagertes Gehirn. Er offenbart viel mehr Dinge als ein Tagebuch oder ein Notizblock, über die man



Es geht darum zu sehen, wie der Einzelne seine informationelle Selbstbestimmung leben kann.

früher Einblicke ins Private gewinnen konnte. In unseren Rechnern kommen viele Dinge zusammen, die Aufschluss geben über unser Denken, Fühlen, unsere Interessen und unser Handeln. Nicht umsonst haben viele Menschen die Kamera an ihrem Rechner verklebt.

Ist der Widerstand gegen das Ausspähen unserer Daten vielleicht deshalb so gering, weil es an dem entwürdigenden Akt der Hausdurchsuchung fehlt?

Ja, wenn jemand vor der Haustüre steht und dann mit einem Durchsuchungsbefehl die Wohnung durchstöbert, erleben die Betroffenen körperlich, wie fremde Menschen in ihren privatesten Dingen herumsuchen. Werden dagegen technische Daten ausgelesen, hat das eine andere Qualität. Wir haben heute gar keinen Überblick mehr darüber, welche Daten über uns existieren und wie sie miteinander vernetzt sind. Wer weiß

schon, welche Spuren er wo im Netz hinterlässt?

Google weiß das wahrscheinlich ...

Der Datenbestand von Anbietern wie Google ist bereits heute unermesslich. Die Rechnerkapazitäten sind immens, die Algorithmen immer komplexer – was die Aussagekraft der zusammengeführten Daten erhöht. Wir sollten versuchen, nicht alles und jedes preiszugeben. Als Einzelner steckt man da in einer schwierigen Situation. Darum bin ich der festen Überzeugung, dass man es dem Benutzer nicht allein überantworten sollte, sich selbst zu schützen. Die Politik hat den Auftrag, für den richtigen Gestaltungsrahmen zu sorgen.

Ein Fall für klassisch liberale Ordnungspolitik?

Liberalismus bedeutet ja nicht, jenen das Feld zu überlassen, die am ehesten dazu in

der Lage sind, die Situation auszunutzen. Warum waren wir als Liberale immer für ein ausgewogenes Wettbewerbsrecht? Weil kleinere Marktteilnehmer sonst im Wettbewerb keine Chance hätten. So ist es auch hier: Es geht nicht in erster Linie darum einzuschränken. Es geht darum zu sehen, wie der Einzelne etwa durch verpflichtenden technischen Datenschutz seine informationelle Selbstbestimmung leben kann. Das ist ein ureigener liberaler Ansatz.

Aber ist das nicht zuletzt auch eine Bildungsfrage?

Es ist eine Frage von Bildungs- und Medienkompetenz. Jeder sollte sich bewusst machen, was im Netz passiert, vor allem in den sozialen Medien. Es ist entscheidend, gerade junge Menschen, die mit dieser Technik aufwachsen, mit allen Aspekten dieser unglaublichen Revolution vertraut zu machen. Auch das ist urliberal. >>

Die Schüler wissen aber häufig mehr über das Internet als ihre Lehrer ...

Hier müssen wir auf alle Fälle viel mehr tun. Die Lehrer werden mit vielen dieser Dinge alleingelassen. Für sie ist es oft nicht einfach, Schülern gegenüberzustehen, die mit dieser Technik aufgewachsen sind. Das ist ein klassischer Auftrag für die Länder. Man fragt sich oft: Was macht eigentlich die Kultusministerkonferenz?

Kommen wir noch einmal zurück zum Volkszählungsurteil, durch das das Recht auf informationelle Selbstbestimmung eingeführt wurde. Man hat den Eindruck: Dieses Recht haben in den vergangenen Jahrzehnten vor allem die Gerichte gestärkt und ausgebaut. Bund und Länder hingegen taten sich eher als Datendiebe denn als Datenschützer hervor ...

Die Politik hat den Datenschutz zu häufig als Täterschutz diskreditiert. Der Staat selbst hat sich immer interessiert an den Daten seiner Bürger gezeigt, leider auch in Situationen, in denen es nicht einmal einen Anfangsverdacht gegen sie gibt. Bei einem konkreten Verdacht auf eine Straftat, zum Beispiel der Mitgliedschaft in einer terroristischen oder kriminellen Vereinigung, muss der Staat sich kundig machen können, sei es durch das Abgreifen von Daten oder eine Telefonüberwachung. Das ist auch für uns Liberale einsichtig. Aber der Staat geht inzwischen dazu über, auch ohne Anlass viel wissen zu wollen.

Sie meinen die Vorratsdatenspeicherung?

Ja, aber nicht nur. Die Vorratsdatenspeicherung betrifft vor allem Kommunikationsdaten. Es haben aber auch viele Behörden Zugriff auf Daten in den Bereichen Kontoführung, Finanz- und Kreditkartenwesen.

Und die Daten werden genutzt?

Einige Finanzminister aus den Ländern meinen, es sei der richtige Weg, gestohlene Daten käuflich zu erwerben, um damit Straftaten aufzudecken. Diese Praxis ist im

Kampf gegen Steuerhinterziehung seit einigen Jahren gang und gäbe. Der Staat, so denke ich manchmal, möchte sich am liebsten gar keine Grenzen auferlegen. Für uns Liberale hingegen ist klar: Wir wollen ein vernünftiges Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Dazu gehört aber auch ein klares Nein zur pauschalen Verdächtigung aller Bürger.

Diese pauschale Verdächtigung ist das Wesenselement der Vorratsdatenspeicherung, dennoch trifft sie in weiten Kreisen der Bevölkerung auf Akzeptanz. Vielleicht ist es kein Zufall, dass das Thema Vorratsdatenspeicherung immer dann vorangekommen ist, wenn eine Große Koalition an der Macht war.

Wir haben keinen Überblick mehr darüber, welche Daten über uns existieren und wie sie miteinander vernetzt sind. Wer weiß schon, welche Spuren er im Netz hinterlässt?

Die Große Koalition im Deutschen Bundestag hat kein ausgeprägtes Bewusstsein für Bürgerrechte. Das galt nicht in vollem Umfang für die SPD, doch sind die Sozialdemokraten nach den Ereignissen von Paris komplett umgefallen. Man habe daran gesehen, wie wichtig die Vorratsdatenspeicherung sei. Die Realität sieht anders aus: Die Attentate in Paris haben gezeigt, dass die Vorratsdatenspeicherung keine Anschläge verhindert, denn die Franzosen praktizieren sie. Bürger- und Freiheitsrechte sind bei einer Großen Koalition in ganz schlechten Händen.

Als Ministerin konnten Sie die Vorratsdatenspeicherung verhindern, jetzt bleibt nur der Weg nach Karlsruhe ...

Natürlich, wir müssen nun mit den Mitteln, die wir außerparlamentarisch haben, gegen

den überbordenden Zugriff auf Daten vorgehen. Wir werden beim Bundesverfassungsgericht versuchen, die informationelle Selbstbestimmung und die Privatsphäre des Einzelnen besser schützen zu lassen.

Erwarten Sie Rückendeckung aus der Öffentlichkeit?

Durchaus, denn immer mehr Bürgern ist unmissverständlich klar, was anlasslose Vorratsdatenspeicherung bedeutet: Von jedem Telefonat, egal ob mobil oder Festnetz, von jeder SMS werden unser aller Verbindungsdaten gespeichert – und damit alle Daten über das Kommunikationsverhalten von über 70 Millionen Menschen in Deutschland. Dieser pauschale Verdacht hat eine neue Qualität.

Inwiefern?

Nicht nur, weil es jeden betrifft. Sondern vor allem, weil es unser Kommunikationsverhalten verändern wird. Wir alle kommunizieren unwillkürlich anders, wenn wir stets daran denken, wer über die Verbindungsdaten verfügt und was er damit machen kann. Genau diese Auswirkung auf das Kommunikationsverhalten hat das Bundesverfassungsgericht kritisiert, denn sie ist schädlich für einen demokratisch verfassten Rechtsstaat.

Wie schätzen Sie die Erfolgchancen der Klage in Karlsruhe ein?

Die Chance auf Erfolg ist da, aber es wird schwieriger als beim ersten Mal, als wir vollumfänglich obsiegten und das gesamte Gesetz für verfassungswidrig erklärt wurde.

Das war 2010. Das neue Gesetz berücksichtigt einige Vorgaben der damaligen Entscheidung – aber aus unserer Sicht bei weitem nicht alle. So ist der Berufsgeheimnisträgerschutz völlig unzureichend: Anwälte, Ärzte, Steuerberater – der Kontakt zu ihnen muss für die Mandanten viel besser geschützt sein. Insgesamt aber, und da bin ich mir sicher, haben die Liberalen eine sehr fundierte Verfassungsbeschwerde eingereicht.

Jeder gibt allerorten seine Daten preis, überall werden sie gespeichert. Diskutiert wird nun ein „Recht auf Vergessen“, also ein umfassender Löschanspruch. Ist das überhaupt möglich?

Es geht eigentlich um ein „Recht auf vergessen werden“. Über Privatpersonen steht vieles im Netz, oft sind das Informationen, die völlig veraltet sind. Privates, Jugendsünden, hier und da auch etwas über sexuelle Ausschweifungen. Und ich denke, es ist richtig, wenn man sagt: Diese Dinge sollen nicht bis in alle Ewigkeit für Millionen Menschen öffentlich sichtbar sein. Es gab zu nächst große Bedenken, ob ein Löschanspruch umsetzbar ist. Inzwischen hat sich das Verfahren einigermaßen eingespielt, gerade bei Google. Personen des öffentlichen Lebens hingegen haben nicht die Möglichkeit, sich durch ein solches Verfahren von ihrer Vergangenheit zu befreien.

Am einfachsten könnte man sich von seiner Internetvergangenheit lösen, indem man seinen Namen ändert. Halten Sie diesen Weg für gangbar?

Als ich Ministerin war, habe ich mich intensiv mit der Liberalisierung des Namensrechts in Deutschland befasst. Bei diesem Thema gehen die Staaten Europas sehr unterschiedliche Wege. Bei uns ist das Namensrecht sehr restriktiv, weil der Ordnungsgedanke eine überwältigende Rolle spielt. Ich habe erlebt, wie schwierig es ist, ein wenig unsere gewohnten Gleise zu verlassen und das Namensrecht zu liberalisieren.

Wo liegt das Problem?

Da gibt es viele irrationale Befürchtungen. Meine Meinung: Ich sollte einen Namen haben, der muss auch registriert sein, Aber es sollte kein Problem sein, zum Beispiel den Vornamen zu ändern.

Als Facebook seine Mitglieder aufforderte, nur noch unter Klarnamen aufzutreten, hat das eine Welle der Empörung ausgelöst.

Ich halte das für absolut berechtigt und teile den Ärger der Facebook-Nutzer. Ich laufe ja auch nicht mit einem Namensschild oder einer Kennziffer an meinem Mantel herum, so dass jeder genau weiß, wer ich bin. Unter Juristen wird diskutiert, ob das Recht auf Anonymität nicht schon jetzt aus der Verfassung ableitbar ist.

Zur eindeutigen Identifizierung würde auch eine ID-Nummer reichen...

Davor sollten wir uns hüten. Schon im Volkszählungsurteil ist die Problematik erwähnt, mittels einer Personenkennziffer die Daten von Sozial-, Ausländer-, Finanz- und Standesamt sowie vieler anderer Behörden zusammenführen zu können. Das will ich als Liberale natürlich nicht.

Wer hat welche Daten von mir? Halten Sie die Möglichkeiten für ausreichend, das als Bürger herauszufinden?

Mit dieser Frage beschäftigen wir uns schon sehr lange. Ein Modell sieht vor, einmal im Jahr vom Staat darüber informiert zu werden, welche persönlichen Daten in welcher Datei gespeichert sind, der so genannte Datenbrief. Problematisch an der Sache ist, dass für diesen Zweck ein bunter Strauß an Daten zusammengeführt werden muss. Das beinhaltet eine eigene Sensibilität. Wir stehen in dieser Frage noch nicht am Ende der Diskussionen. Bislang gilt: Bürger müssen und können von sich aus aktiv werden, wenn sie wissen wollen, was über sie gespeichert worden ist. ●



ZUR PERSON

SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER war von 1992 bis 1996 sowie von 2009 bis 2013 Bundesministerin der Justiz. Von 1990 bis 2013 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit September 2014 ist Leutheusser-Schnarrenberger Mitglied des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Sie ging vor dem Bundesverfassungsgericht erfolgreich gegen den Großen Lauschangriff und die Vorratsdatenspeicherung vor.



„WER NICHTS ZU VERBERGEN HAT...“

Egal, ob man mit Nachbarn, Bekannten oder Freunden diskutiert: Bezieht man Position zugunsten von Datenschutz und Privatsphäre, bekommt man stets das gleiche Totschlagargument zu hören: „Wer nichts zu verbergen hat, der hat auch nichts zu befürchten.“ *liberal* hat sich umgehört, wie Profis diesem Unsinn begegnen.

// ZUSAMMENGETRAGEN VON **THOMAS MÖHLE**



Individualität setzt Geheimnisse voraus. Nicht nur pubertierende Jugendliche emanzipieren sich von ihren Eltern, indem sie Geheimnisse vor ihnen haben. Auch Erwachsene bleiben durch das Pflegen von Geheimnissen und Vertrauenskreisen unabhängig. Viele Dinge sind nicht moralisch verwerflich und dennoch ein wertvolles Geheimnis. Besonders problematisch an der Aussage, man habe nichts zu verbergen, ist, dass mit ihr implizit von allen anderen erwartet wird, auch keine Geheimnisse haben zu dürfen.

padeluun,
Künstler und Aktivist



Wer sagt, Privatheit sei ihm egal, weil er nichts zu verbergen habe, könnte genauso behaupten, die Meinungsfreiheit sei ihm egal, weil er nichts zu sagen habe. Die freie Presse nützt aber nicht nur den Zeitungslesern.

Edward Snowden,
Informatiker, NSA-Whistleblower



„Ich habe nichts zu verbergen“ heißt ja letztlich: „Ich brauche keine Privatsphäre.“

Peter Schaar,
ehem. Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Wenn niemand etwas zu verbergen hätte, würden wir alle nackt rumlaufen.

Jimmy Schulz,
Vorsitzender des Vereins für liberale Netzpolitik —
LOAD e. V.



Die Leitfrage des Philosophen Karl Popper war: Wie können wir unsere politischen Einrichtungen so aufbauen, dass auch unfähige und unredliche Machthaber keinen großen Schaden anrichten können? Sie muss in der digitalisierten Welt ergänzt werden um diese Frage: Wie können wir unsere technischen Infrastrukturen so aufbauen, dass unfähige und unredliche Machthaber damit keinen großen Schaden anrichten können?

Ralf Bendrath,
Politikwissenschaftler, Datenschützer



Wenn mir jemand sagt, Angriffe auf seine Privatsphäre seien ihm egal, weil er nichts zu verbergen habe, dann hole ich jedes Mal einen Stift heraus und notiere meine E-Mail-Adresse. Ich sage: „Hier ist meine Mail-Adresse. Wenn Sie zu Hause sind, senden Sie mir bitte die Passwörter zu allen Mail-Adressen, die Sie besitzen, nicht nur für die Hauptadressen, die Sie nutzen, sondern für alle. Ich möchte alles lesen und veröffentlichen können, was ich bei Ihnen interessant finde. Denn wenn Sie ein anständiger Mensch sind und nichts Unrechtes tun, dann sollten Sie ja nichts zu verbergen haben.“ Bislang ist noch niemand auf dieses Angebot eingegangen.

Glenn Greenwald,

Journalist, veröffentlichte die erste Snowden-Story



Wenn jeder Kriminelle etwas zu verbergen hat, heißt das nicht, dass jeder, der etwas zu verbergen hat, ein Krimineller ist. Es geht einfach darum, dass jeder ein Recht auf Geheimnisse hat, auf persönliche Dinge, die keinen anderen Menschen etwas angehen.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,

ehem. Bundesjustizministerin

Wenn Menschen sagen, sie haben nichts zu verbergen, dann sollen sie uns doch ihre Bankauszüge und Kreditkarten-abrechnungen offenlegen. Menschen wissen doch: Wir alle haben etwas zu verbergen.

Frank Schirrmacher,

bis zu seinem Tod Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung



Amsterdam gilt seit jeher als Musterbeispiel gelungener Stadtplanung. Fürs „Bevolkingsregister“ gaben die Einwohner bereitwillig Beziehungsstatus, Beruf und Religionszugehörigkeit an. 1936 stieg man sogar auf die Datenerfassung mit einem hochmodernen Lochkartensystem um. 1939 aktualisierte eine Volkszählung das Stadtregister nochmals. Im Mai 1940 rissen die einmarschierten deutschen Besatzer das Register an sich und ermittelten anhand dieses Datenschatzes in wenigen Tagen fast alle jüdischen Einwohner. Ein Großteil der rund 100.000 Amsterdamer Juden wurde ins Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Von einem Tag auf den anderen entschied ein Marker im Big-Data-Pool über Leben und Tod.

Holger Bleich,

Journalist



Dieser Satz „Ich habe nichts zu verbergen“ hat eine entsolidarisierende Komponente. Denn es sagt gleichzeitig „Du hast auch nichts zu verbergen“.

Constanze Kurz,

Informatikerin, Sprecherin des Chaos Computer Clubs

Nichtwissen schützt freie Gesellschaften. Es gibt kein Moral- und Rechtssystem, das alle Normbrüche aushalten könnte, wenn sie bekannt wären.

Bernd Schlömer,

Regierungsdirektor im BMVg, Ex-Pirat und FDP-Politiker



Die **amtliche** Revolution



Deutschlands Kommunen stehen vor dem größten Umbau seit 200 Jahren. Doch so wie die Behörden beim Thema Digitalisierung agieren, droht aus dem Fortschritt ein Rückschritt zu werden. Städte und Gemeinden riskieren damit die Abkehr ihrer Bürger.

// TEXT // **MARCEL BERNDT** // ILLUSTRATION // **ERNST MERHEIM**

Jeder Klick ein Hoffnungsschimmer: Knapp ein Jahr ist es her, dass Jörn Kamphuis die Online-Terminseite der Berliner Bürgerämter immer wieder aktualisierte. Der Ägypten-Urlaub nahte, der Antrag auf einen neuen Reisepass drängte – doch die Ämter waren ausgebucht. Während Kamphuis darauf wartete, dass irgendjemand irgendwo einen Termin absagt, dachte er: „Da draußen muss es Menschen geben, die bereit sind, dafür zu zahlen, dass ihnen jemand diese Arbeit abnimmt.“ Eine Stunde später hatte er nicht nur den ersehnten Amtstermin, sondern auch eine Geschäftsidee.

Seitdem betreibt der heute 28-Jährige mit seinen Geschäftspartnern Mateus Kratz und Martin Becker die Internetseite „Buergeramt-Termine.de“. Die drei haben eine Software entwickelt, die laufend danach schaut, ob Bürger ihre Amtstermine absagen, und vermittelt diese weiter. 25 Euro kostet es, einen Termin in fünf Tagen zu ergattern. 45 Euro sind es bei 48

Stunden. „Jeder kann sich auch so wie ich damals hinsetzen und sich selbst drum kümmern“, sagt Kamphuis. „Man muss sich nur fragen, was einem diese Zeit wert ist.“ Von Juli bis Dezember 2015 haben sie durchschnittlich fünf Termine am Tag vermittelt. Aktuell liegt das Angebot aber brach. „Seit Januar gibt es online keine Termine mehr, sodass auch wir nicht helfen können“, sagt Kamphuis. Und auch davor mussten die drei gelegentlich aussetzen: „Immer wieder hat die Stadt ihre Website verändert und unsere Crawler gestört“, sagt Kamphuis. Kooperation? Ein kommunales eigenes Angebot dieser Art? Fehlanzeige!

Die Stadtverwaltung von Berlin sorgt mit solchen Fällen immer wieder für Aufsehen. Ein weiteres Beispiel: Vor mehr als einem Jahr berichtete der Senat, dass rund ein Drittel der 78.000 Behördenrechner noch immer mit Windows XP arbeiten. Das Betriebssystem erhält aber seit 2008 keinen Support mehr. Dieses Jahr wurde bekannt, dass ebenfalls ein Drittel der Rechner immer noch mit veralteten Internet Explorern arbeitet, deren Support Mitte Januar ausgelaufen ist. Mit diesen Pannen steht Berlin exemplarisch für viele deutsche Städte. Eine Studie nach der anderen bestätigt: Digitalisierung ist einfach nicht ihr Ding. Im „E-Government Survey 2014“ der Vereinten Nationen rutschte Deutschland vier Plätze ab und landet nur auf Rang 21. Entsprechend unzufrieden sind die deutschen Bürger. Im „E-Government Monitor“ der Initiative D21 sind die deutschen Befragten >>



verglichen mit ihren Nachbarn in Österreich, der Schweiz und in Schweden am wenigsten zufrieden mit den Online-Angeboten ihrer Behörden. Warum das so ist, zeigt die PwC-Studie „Deutschlands Städte werden digital“. Die 25 größten deutschen Städte bieten lediglich die grundlegendsten digitalen Dienstleistungen an wie etwa Online-Terminvereinbarungen oder Social-Media-Auftritte. 19 der 25 größten deutschen Städte haben zudem weder eine Digitalisierungsstrategie noch einen Digitalisierungsbeauftragten.

Auch die Städte des Silicon Valley hinken hinterher

Wie es deutlich besser geht, macht Jonathan Reichental vor. Als der „Chief Information Officer“ der Stadt Palo Alto im Silicon Valley im Herbst 2013 von einem Mittagessen kommt, stolpert er und fällt fast hin. Als er sich umdreht, sieht er einen Riss im Asphalt – und sagt ihm den Kampf an. Die Waffe dafür hat er frisch entwickelt: die App „PaloAlto311“. Er fotografiert den Schaden und meldet ihn per Smartphone an die Stadt.



„Wir stehen vor einem tiefgreifenden **strategisch-politisch-wirtschaftlichen Umbau** der kommunalen Selbstverwaltung.“

Guido Kahlen, Stadtdirektor Köln



E-Mails halten ihn über die Reparatur auf dem Laufenden, wenige Wochen später ist alles erledigt. „Ich fuhr hin und es sah toll aus“, sagt Reichental. Für diese Entwicklung und für das Open-Data-Portal, das Bürgern angefragte Datensätze innerhalb von 24 Stunden liefert, landete Palo Alto vor drei Jahren auf Platz eins des „Digital Government Achievement Award“ des US-amerikanischen Center for Digital Government.

Von einer solchen Auszeichnung konnte Palo Alto nur träumen, als Reichental 2010 seine Stelle als CIO antrat. Es gab in der Verwaltung weder Cloud Computing, noch mobile Apps oder ein modernes Datenmanagement – und das ausgerechnet auf dem Nährboden aus dem Internetgiganten wie Google, Facebook und PayPal entstanden sind. „Ich war geschockt“, erzählt Reichental. Also krepelte er die Ärmel hoch:

Allein vergangenes Jahr hat der CIO 35 IT-Projekte angeschoben. „Ich will nicht nur Technikbeauftragter sein, ich will auch etwas bewegen“, sagt er.

Dabei drängt die Zeit. Die Digitalisierung schreitet unaufhaltsam voran. „Alles, was wir seit 100 Jahren kennen, wird neu erfunden – manchmal in Monaten“, sagt Reichental. Dabei muss die Verwaltung hinterherkommen, wenn sie vom Fortschritt nicht abgehängt werden will. „Das politische System kränkelt“, urteilt der CIO aus dem Silicon Valley. Das Vertrauen in die Politik sinkt und Extremisten sowie Populisten erhalten weltweit Zulauf. Entfernt sich die Verwaltung weiter von der Lebenswirklichkeit der Menschen, wird sich diese Entwicklung beschleunigen.

Hinzu kommen ganz praktische Gründe: Das Digitalisierungs-Ranking der 25 größten deutschen Städte von PwC und der Uni Bonn zeigt, dass Digitalisierung ein Standortfaktor ist. Die Top-10-Städte verzeichneten 2013 durchschnittlich 163 Nettogewerbeanmeldungen je 100.000 Einwohner. Bei den restlichen Kommunen waren es lediglich 91. Dementsprechend unterschiedlich kletterte die Gewerbesteuer. Bei den Top 10 stieg sie von 2009 bis 2013 um durchschnittlich 30 Prozent, bei den anderen waren es 21 Prozent. Je digitaler eine Kommune aufgestellt ist, desto attraktiver ist sie für Unternehmen und Bürger.

Doch um mit dem Fortschritt mitzuhalten, muss sich etwas ändern – und zwar alles: die finanzielle Ausstattung der Kommunen, ihr Selbstverständnis, ihre Kultur und Arbeitsweise, die Aus- und Fortbildung, die rechtlichen Rahmenbedingungen – und das gesamte föderale System. Nichts kann so bleiben, wie es ist. Das weiß auch der Kölner Stadtdirektor Guido Kahlen: „Uns steht etwas bevor, das es seit den Stein-Hardenbergschen Reformen Anfang des 19. Jahrhunderts nicht gegeben hat. Wir stehen vor einem tiefgreifenden strategisch-politisch-wirtschaftlichen Umbau der kommunalen Selbstverwaltung.“

Köln kann auch Positivschlagzeilen

Die Stadt Köln – deutschlandweit sonst eher für seine chronisch pannenanfällige Verwaltung bekannt – hat in Sachen Digitalisierung bereits Erstaunliches geleistet. Die Rheinmetropole hat in der PwC-Studie von allen untersuchten Städten am besten abgeschnitten. Schon vor 15 Jahren hat der städtische Telekommunikations-Provider Netcologne angefangen, alle Gebäude mit Glasfaserkabeln anzuschließen. „Auch wenn uns damals der eine oder andere für diese Entschei-

dung belächelt hat – heute erweist sie sich als eine vorausschauende, richtungsweisende Investition“, sagt Kahlen. „Denn Breitbandnetze sind die Straßen der digitalen Welt.“ Köln und Bonn sind die einzigen deutschen Städte, die für mehr als 95 Prozent ihrer Haushalte eine Breitbandversorgung von 50 Megabit pro Sekunde und mehr anbieten.

Die Stadt Köln ist ebenfalls Vorreiterin mit ihrer „Digitalen Agenda“: 2012 hatte sie mit der „Internetstadt Köln“ die erste Agenda dieser Art einer deutschen Großstadt. Diese hilft, die Digitalisierung voranzutreiben – und bei der Themenvielfalt den Kurs zu halten. „Die Digitalisierung wirkt sich schließlich auf alle Lebensbereiche aus“, weiß Stadtdirektor Kahlen. So reicht das digitale Angebot der Stadt Köln von öffentlichen Hotspots über ein Modellhaus „Digitales Arbeiten“ mit webbasierten Arbeitsplätzen bis hin zu einem „Smart Meter“, mit dem Bürger ihren Stromverbrauch per App abrufen können.

Um eine Agenda umzusetzen, brauchen die Kommunen allerdings Geld – und das fehlt in den meisten Fällen. Mit 64 Prozent nennen die meisten der von PwC und der Uni Bonn befragten Kommunen knappe Kassen als größtes Hindernis. Der Bürgermeister von Arnsberg, Hans-Jürgen Vogel, sieht darin eine schlechte Ausrede: „Unsere Kassen sind auch knapp, aber desto wichtiger ist E-Government.“ Die Digitalisierung automatisiert und verschlankt schließlich Prozesse. Allerdings verlangt Vogel auch mehr Fördergelder. „Die Digitalisierung muss zumindest in wichtigen Bereichen eine kommunale Pflichtaufgabe werden, um eine gewisse Finanzierung durch Land oder Bund sicherzustellen.“

Billiger werden Rechenzentren oder neue Systeme immer dann, wenn sich mehrere Kommunen zusammen tun. Professor Tino Schuppan vom Potsdam



„Alles, was wir seit 100 Jahren kennen, **wird neu erfunden** – manchmal in Monaten.“

Jonathan Reichental, Chief Information Officer der Stadt Palo Alto



eGovernance Competence Center sieht jedoch einen Haken: „Gemeinden haben eine Organisationshoheit – und diese wollen sie sich nicht nehmen lassen“, sagt er. „Kommunen mangelt es an Netzwerkkompetenz, Transformationskompetenz und IT-Kompetenz.“ Doch auf eine geeignete Ausbildung hierfür kann man sich nicht verlassen. „Die Fachhochschulen und Unis bieten da nicht viel“, sagt Schuppan.

Veränderungen hängen daher aktuell vor allem an einzelnen Digitalvorreitern. Für Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, ist deshalb klar: „Wir sind zunehmend auf externe Dienstleister angewiesen: Sei es bei Datensicherheit, Cloud Computing, Rechenkapazitäten oder bei der Programmentwicklung.“

Nicht nur hierfür braucht es einen geeigneten rechtlichen Rahmen. Grundsätzlich stellt sich die Frage, wie sich das aktuelle föderale System und die kommunale Selbstorganisation mit der fortschreitenden Standardisierung vereinbaren lässt. „Die kommunale Selbstverwaltung muss neu interpretiert werden. Es braucht mehr Vorgaben von Land und Bund“, findet Tino Schuppan. Und die kommunale Identität? „Wenn sich eine Stadt allein darüber identifiziert, dass sie eigene Formulare zur Kfz-Zulassung hat, dann ist das traurig.“ Die Kommunen können sich also auf wilde Zeiten einstellen. Die Herren Freiherr vom Stein und Fürst von Hardenberg lassen grüßen. ●



MARCEL BERNDT handhabt es mit der Digitalisierung so wie manche Kommune: zaghaft. Erst im Dezember füllte er sein letztes Überweisungsformular aus und wechselte zum Onlinebanking.
redaktion@libmag.de



Verschlüsselung geht uns alle an!

// TEXT // **JIMMY SCHULZ** // ILLUSTRATION // **ERNST MERHEIM**

Spätestens mit den Enthüllungen von Edward Snowden ist den meisten Menschen bewusst geworden, dass sie ihre persönlichen Daten im digitalen Zeitalter anders schützen müssen als früher. Die Affäre hat uns allen noch einmal deutlich vor Augen geführt, wie einfach Fremde auf unsere privaten und geschäftlichen Daten und unsere Kommunikation zugreifen können. Dabei geht es nicht nur um neugierige Behörden oder Geheimdienste, genauso haben auch neidische Nachbarn, Mitbewerber und Kriminelle großes Interesse an unseren Daten. Die Wertsachen des 21. Jahrhunderts sind immer häufiger digital! Die Schlussfolgerung daraus ist: So, wie wir

unsere physischen Wertsachen wie Gold und Schmuck sicher verwahren, sollten wir auch mit unseren Daten und unserer Kommunikation umgehen. Auch wer vorgibt, nichts zu verbergen zu haben, sperrt seine Haustür zu und schließt sein Auto ab. Die effektivste Möglichkeit, Daten zu schützen, ist die Verschlüsselung. Wer dieses Mittel nutzt, steht schnell im Verdacht, etwas Illegales zu planen oder Geheimniskrämerei zu betreiben. Dem gilt es entgegenzuwirken. Es geht bei der Verschlüsselung unserer Daten um den Schutz des Eigentums, der Privatsphäre und der Vertraulichkeit der Kommunikation – allesamt in der Verfassung verbrieft Grundrechte. ●



Der Netzpolitiker und Unternehmer **JIMMY SCHULZ** ist Vorsitzender des Vereins für liberale Netzpolitik LOAD und war von 2009 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit veranstaltet er seit Jahren Cryptopartys.
redaktion@libmag.de

Foto: Privat



Drei Tipps, wie Sie Ihre Daten schnell und einfach vor dem Zugriff Unbefugter schützen

Sperren Sie Ihre Festplatten und USB-Sticks ab

USB-Sticks gehen leicht verloren, Notebooks werden häufiger gestohlen, als man denkt. Auf den Datenspeichern befinden sich nicht nur Urlaubsfotos, sondern auch Vertrauliches und mitunter auch Betriebsgeheimnisse des Arbeitgebers. Das Verschlüsselungsprogramm **VeraCrypt** (<https://veracrypt.codeplex.com/>) hilft



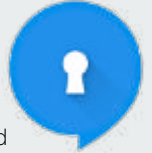
einfach und sicher, Daten zu verschlüsseln. Nach der selbsterklärenden Installation (für alle Betriebssysteme wie Windows, MacOS und Linux erhältlich) kann der Nutzer sogenannte Laufwerke anlegen, die im Betriebssystem wie eine zusätzliche Festplatte aussehen. Dort lassen sich dann alle gewünschten

Daten ablegen. Durch einen passwortgeschützten USB-Stick ist der sichere Austausch von Daten zwischen verschiedenen Rechnern möglich – etwa zwischen dem eigenen Laptop und dem PC im Büro. Wird der Zugang zum angelegten „Laufwerk“ nicht mithilfe von VeraCrypt und dem richtigen Passwort geöffnet und in den Rechner eingebunden, sieht es auf dem Datenträger für Unberechtigte aus wie eine Datei, die lediglich viele unleserliche Zeichen enthält. Regelmäßige Sicherungskopien der Datei, zum Beispiel auf einen zweiten USB-Stick, minimieren das Risiko eines Datenverlustes, falls mal einer der Sticks verloren geht. Interessierte User werden schnell feststellen, dass VeraCrypt eine Reihe von weiteren Möglichkeiten bietet: das Verschlüsseln ganzer USB-Sticks zum Beispiel oder das Verstecken von verschlüsselten Daten. Sogar das Anlegen von verschlüsselten Laufwerken innerhalb verschlüsselter Laufwerke ist möglich. Besonders interessant dürfte für viele die Möglichkeit sein, auch in den ansonsten eher unsicheren Cloud-Laufwerken wie zum Beispiel Dropbox verschlüsselte Laufwerke anzulegen.

Nutzen Sie eine sichere Alternative zu SMS und WhatsApp

Mit rasender Geschwindigkeit hat sich in den vergangenen drei Jahren die Ablösung der klassischen SMS durch den Messenger WhatsApp vollzogen. Mittlerweile nutzen eine Milliarde Menschen weltweit diesen Dienst. Kaum jemand macht sich jedoch Gedanken um die Sicherheit und die Vertraulichkeit der übermittelten Daten. Neben der Freigabe des Adressbuches auf dem eigenen Smartphone trägt die irritierende Kommunikation des Unternehmens bezüglich der Verschlüsselung dazu bei, Nutzer zu verunsichern. Ebenso simpel in der Benutzung wie WhatsApp, aber überprüfbar sicher ist die App **Signal** (<https://whispersystems.org/>). Bei diesem Programmangebot ist der Quellcode

offen. Das ermöglicht anderen Programmierern und Kryptografen den Einblick in die Arbeitsweise des Programms. Auf diese Weise kann der Sicherheitsstandard der Verschlüsselung von den Experten überprüft werden. Signal bietet die gleichen Fähigkeiten wie WhatsApp. Dazu kann die App auch eine verschlüsselte Telefonverbindung aufbauen – entsprechende Internetbandbreite vorausgesetzt. Kleiner Wermutstropfen: Da auch Signal die Identifizierung der Nutzer über die Mobilfunknummer vornimmt, muss für die App ebenfalls das Adressbuch freigegeben werden. Nutzern, denen das nicht zusagt, sei ein weiteres Werkzeug an Herz gelegt: **Threema** (<https://threema.ch/de>). Dieser Messenger aus der Schweiz erarbeitet sich eine immer größer werdende Fangemeinde. Auch seine Bedienung ist einfach. Edward Snowden übrigens verwendet Signal.



Surfen Sie anonym!



Nicht immer möchten Internetnutzer beim Herumstöbern im Netz den Betreibern von Websites ihr gesamtes Onlineprofil ohne Zustimmung zur Verfügung stellen. Doch leider passiert genau das immer häufiger. Kleine Spionageprogramme, die automatisch beim Betreten der Seite auf den Rechner geladen werden (sogenannte Cookies und Skripte), versuchen, möglichst viele Informationen über den Konsumenten zu sammeln, und werten diese in Zusammenarbeit mit Anbietern verschiedener Produkte und Dienstleistungen aus. Über die eigene IP-Adresse (ähnlich der alten Telefonnummer) gibt der Bürger beim Surfen einiges über sich preis und ist eindeutig bis zum eigenen Anschluss zurückzufolgt. Wer dies vermeiden will, hat mit dem **TOR-Browser (The Onion Router)** ein mächtiges Werkzeug an der Hand, um weitgehend unerkant durchs Web zu reisen. Die automatisch verwendete TOR-Technik verschleiert die IP-Adresse des Internetsurfs. Zusätzlich bietet der TOR-Browser weitere Ergänzungen zum Schutz der Identität.

(<https://www.torproject.org/projects/torbrowser.html.en>,
<https://www.torproject.org/index.html.en>)

Weitere Informationen rund um das Thema Verschlüsselung finden Sie unter:

<http://bit.ly/21biD0y>

Umfassende Links zu Sicherheitswerkzeugen:

<http://www.prism-break.org/>

Wie Europa den geschenkten Liberalismus austreibt!

Die liberale Verfasstheit des Nachkriegseuropas war im Wesentlichen durch die USA vorgegeben und wurde gleichzeitig durch sie garantiert. Nun aber leben alte Affekte wieder auf – in Gestalt rechts- und links-nationalistischer Bewegungen, findet Richard Herzinger. Für seinen Beitrag „Wie Europa den geschenkten Liberalismus austreibt“ wählen ihn unsere Leser im **Januar** zum Autor der Freiheit. Wir drucken den ursprünglich in der *Welt* erschienenen Text in gekürzter Fassung.



ZUR PERSON

Der Literaturwissenschaftler, Journalist und Publizist **RICHARD HERZINGER** besuchte das Gymnasium in Königstein/Taunus, studierte Germanistik an der Freien Universität Berlin und promovierte ebendort. Er schreibt für *Die Welt* sowie andere große Zeitungen, unter anderem *Die Zeit*, die *Neue Zürcher Zeitung* und die *Frankfurter Allgemeine*.

Stimmen auch Sie jeden Monat über die Autoren der Freiheit ab unter freiheit.org/liberal

Der Beinahesieg von Marine Le Pen bei den französischen Kommunalwahlen könnte sich als ein nur aufgeschobener Triumph erweisen. Denn er ließ sich nur dadurch abwenden, dass die großen etablierten Parteien ihre Kräfte zusammenfassten – und damit den demokratischen Wettbewerb suspendierten. Die konzertierte Aktion der vermeintlich verfeindeten demokratischen Lager verstärkte den Eindruck, dass die Vertreter der liberalen Demokratie mit dem Rücken zu Wand stehen. Die Propaganda der Rechtsextremisten, nach der sich die Epoche der „liberalistischen“ Ordnung rasant dem Ende zuneige, erhält damit neue Nahrung und könnte ihnen erst recht weitere Wähler zutreiben.

Tatsächlich drückt sich in den aktuellen antiliberalen Bewegungen ein tief sitzender Überdruß an dem Freiheitsmodell aus, wie es sich nach 1945 in West- und nach 1989 auch in Osteuropa durchgesetzt hat. Dieses nagende Unbehagen an der liberalen Demokratie hat längst auch – womöglich gar vor allem – Teile der gesellschaftlichen Mitte erfasst. Nun zeigt sich, dass Europa oder genauer: das kontinentale Europa aus sich heraus nur eine relativ schwache substantielle Beziehung zum Liberalismus entwickelt hat.

Der schmachliche Zusammenbruch der Demokratien Europas in den 1930er-Jahren liegt, in großen historischen Zeiträumen betrachtet, noch nicht allzu weit zurück. Sein Erbe steckt den Europäern noch gleichsam in den Genen.

Die liberale und universalistische Verfasstheit Nachkriegseuropas war, ohne die Leistung der großen Pioniere der europäischen Einigungsvision schmälern zu wollen, im Wesentlichen durch die Anleitung der Vereinigten Staaten von Amerika vorgegeben und garantiert. Unterschwelliger Antiamerikanismus, der nicht nur an den politischen Rändern, sondern auch in den europäischen Eliten weiterwaberte, wurde durch die Einsicht unter dem Deckel gehalten, dass Europa ohne die amerikanische Vormacht dem sowjetischen Totalitarismus schutzlos ausgeliefert wäre.

Jetzt, ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kalten Kriegs, glaubt man zunehmend, den amerikanischen Schutz nicht mehr zu brauchen. Es kommt daher ein Ressentiment gegen die USA zum Vorschein, demzufolge sie als vermeintliche Unterdrückermacht Europa und seine Nationen über Jahrzehnte hinweg an seiner beziehungsweise ihrer Selbstentfaltung gehindert habe.

Antiamerikanismus ist so nicht von ungefähr der gemeinsame Nenner aller „populistischen“ Kräfte von rechts bis links. Er ist ihr stärkster, die beiden scheinbar entgegengesetzten Extreme am meisten verbindender ideologischer Antrieb. Die europäischen Demokratien aber werden dem Ansturm rechts- und linksautoritärer Kräfte nicht standhalten können, wenn sie nicht kämpferisch gerade auch zur transatlantischen Dimension ihrer Identität stehen. Denn das demokratische Projekt Europa ist ohne seinen amerikanischen Wesensanteil nicht denkbar. ●



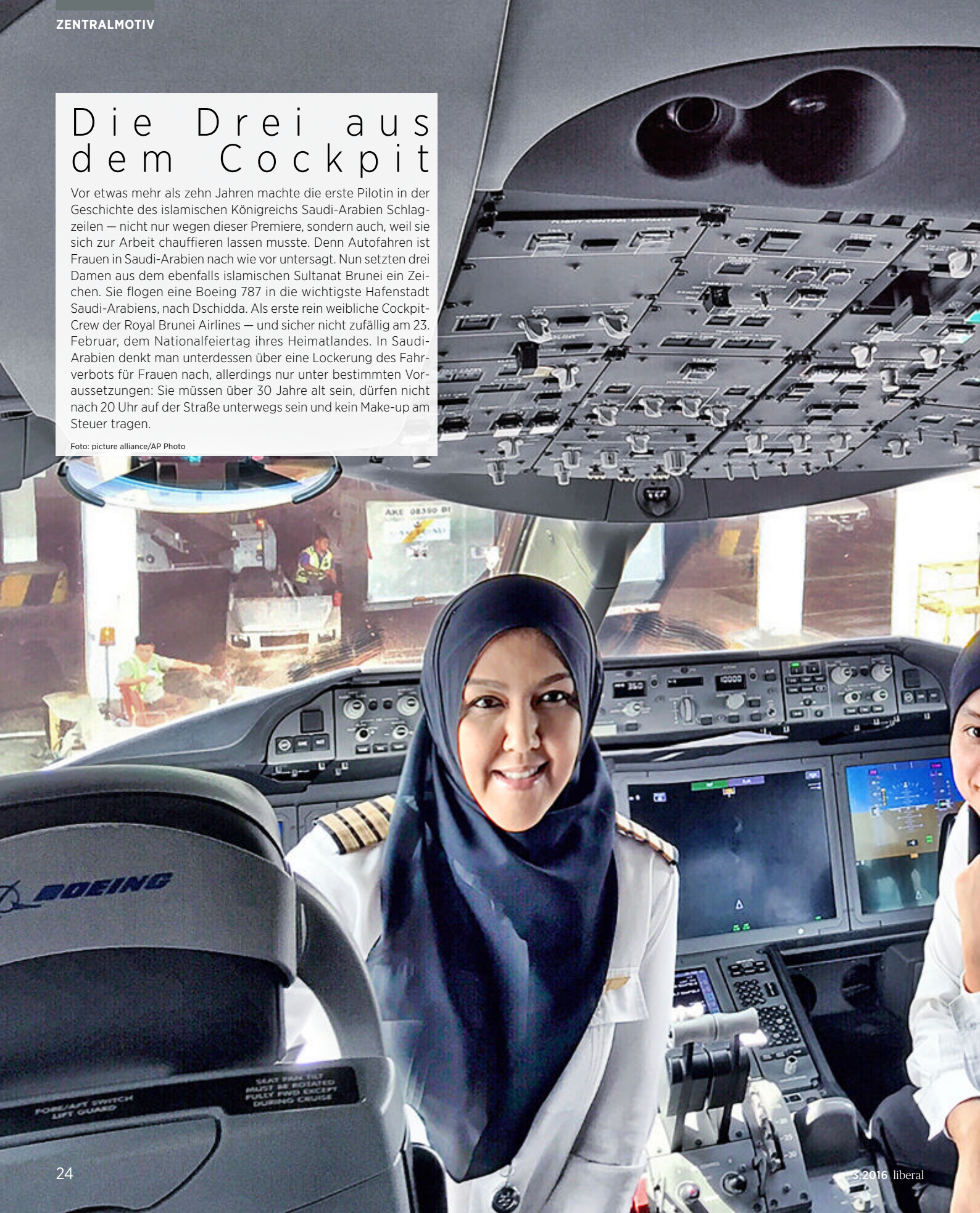
Die Friedrich-Nammann-Stiftung
für die Freiheit
und die Redaktion von liberal
verabschieden sich mit Dank
von
Guido Westerwelle

Für alle
Werbung gemacht

Die Drei aus dem Cockpit

Vor etwas mehr als zehn Jahren machte die erste Pilotin in der Geschichte des islamischen Königreichs Saudi-Arabien Schlagzeilen — nicht nur wegen dieser Premiere, sondern auch, weil sie sich zur Arbeit chauffieren lassen musste. Denn Autofahren ist Frauen in Saudi-Arabien nach wie vor untersagt. Nun setzten drei Damen aus dem ebenfalls islamischen Sultanat Brunei ein Zeichen. Sie flogen eine Boeing 787 in die wichtigste Hafenstadt Saudi-Arabiens, nach Dschidda. Als erste rein weibliche Cockpit-Crew der Royal Brunei Airlines — und sicher nicht zufällig am 23. Februar, dem Nationalfeiertag ihres Heimatlandes. In Saudi-Arabien denkt man unterdessen über eine Lockerung des Fahrverbots für Frauen nach, allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen: Sie müssen über 30 Jahre alt sein, dürfen nicht nach 20 Uhr auf der Straße unterwegs sein und kein Make-up am Steuer tragen.

Foto: picture alliance/AP Photo





„JETZT WAGST DU DEN SCHRITT“

Ihr Weg in die FDP könnte unterschiedlicher kaum sein. Doch **THOMAS SATTELBERGER** und **BERND SCHLÖMER** waren beide der Meinung, dass die Politik von heute eine liberale Stimme braucht. Dafür engagieren sie sich. Im Interview sprechen die beiden über den Wandel der Partei zu einer Beteiligungsplattform, den Wert von Bildung und die Verlockungen der Digitalisierung.

// INTERVIEW // **DAVID HARNASCH** // FOTOS // **TINA MERKAU**

LIBERAL: Willkommen Herr Sattelberger! Willkommen Herr Schlömer – und zudem Gratulation! Die FDP Friedrichshain-Kreuzberg hat Sie für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus auf Listenplatz eins gewählt ...

SCHLÖMER: Danke! Ich sehe meine Rolle darin, Übergänge zu schaffen und Menschen zu ermutigen, Politik zu machen. Ich habe viele junge FDP-Mitglieder in Friedrichshain-Kreuzberg kennengelernt und möchte Mut machen: Gehen wir voran, wir haben nichts zu verlieren! Wir starten von einem niedrigen Niveau und versuchen, neue Politikangebote zu machen. Nur so können wir zeigen, dass sich die Freien Demokraten personell anders aufgestellt haben und tolle Talente haben. Das ist gerade in Friedrichshain-Kreuzberg ein wichtiges Signal. Kreuzberg ist ja seit den 1980er-Jahren ein von den Grünen dominierter Wahlkreis, Ströbele hat dort ein Abo auf sein Direktmandat ...

SATTELBERGER: Da haben Sie ja einen heißen Wahlkreis gekriegt! (lacht)

SCHLÖMER: Insofern herausfordernd. Man darf keine zu hohen Erwartungen haben, aber das Ringen um Prozentpunkte macht auch Spaß!

Apropos „nichts zu verlieren“: Herr Sattelberger, Sie legen Wert darauf, Ihren Entschluss, sich bei den Freien Demokraten zu engagieren, gefällt zu haben, bevor die Wahlen in Hamburg und Bremen eine Trendwende anzeigten. Als die FDP also noch wie ein Sanierungsfall aussah ...

SATTELBERGER: Das ist mir in der Tat wichtig. Mittlerweile ist die FDP aber voll in der Genesung, zurück zur alten Kraft. Nach meiner Pensionierung als Vorstand, also im Unruhestand, habe ich die politischen Optionen sondiert und geprüft. Ich beteiligte mich intensiv an Diskussionsprozessen in der Sozialdemokratie, setzte mich intensiv mit Christdemokraten auseinander und natürlich mit der FDP – mit den Grünen hingegen nicht.

Dabei sind Sie doch Baden-Württemberger, einem Bundesland, wo die Grünen ziemlich bürgerlich sind!

SATTELBERGER: Richtig. Daher: Mit den schwäbischen Grünen ja, mit den Bundesgrünen definitiv nicht! So habe ich alle meine Prüfprozesse gestaltet im Leben: alle Perspektiven anhören und dann eine qualifizierte Entscheidung treffen.

Wie lief dieser Entscheidungsprozess bei Ihnen ab, Herr Schlömer?

SCHLÖMER: Nach der Bundestagswahl 2013 beschloss ich, mich aus der Politik erst mal zwei Jahre lang komplett herauszuhalten. Ich hatte ja einen Vollzeitjob und über Jahre nebenbei im Vorstand der Piraten gearbeitet, die Finanzverwaltung aufgebaut, die Strukturen mitentwickelt. Das bedeutete eine dreistellige Wochenarbeitszeit. Also habe ich mir gesagt: Nach zwei Jahren überlegst du mal, ob du dich noch mal politisch engagieren willst. Dann habe ich mich umgeschaut. Und – obwohl man das nicht auf Anhieb denken würde – die FDP liegt programmatisch nicht sehr weit von den Piraten entfernt. Gerade wenn man das Thema Bürgerrechte anschaut, wie sich FDP und Piraten engagieren gegen Überwachung, gegen Vorratsdatenspeicherung – da gibt es viele Überschneidungen. Also beschloss ich: Jetzt wagst du den Schritt, trittst einer anderen Partei bei, versuchst noch mal, eine andere Nuance liberaler Politik zu formulieren, deren Abwesenheit mich auch über Jahre an der FDP gestört hat. Immer nur meckern darf man nicht. Man muss sich engagieren.



THOMAS SATTELBERGER

war ehemals Vorstand bei Lufthansa Passage, Continental und zuletzt bei der Deutschen Telekom. Heute ist er zivilgesellschaftlicher Akteur in Bildungs-, Arbeitswelt- und Innovationsinitiativen. [Twitter@th_sattelberger](https://twitter.com/th_sattelberger) www.sattelberger-thomas.de

BERND SCHLÖMER

ist als Regierungsdirektor im Bundesverteidigungsministerium für die akademische Bildung an den Universitäten der Bundeswehr zuständig. Er trat 2009 der Piraten-Partei bei und war von 2012 bis 2013 deren Bundesvorsitzender. Seit 2015 ist er Mitglied der FDP.

Herr Sattelberger, Sie haben ja einen weiten ideellen Weg hinter sich: vom Kommunisten zum Kapitalisten zum „Nachwuchspolitiker“. Wie empfinden Sie die Unterschiede zwischen diesen Welten?

SATTELBERGER: Ich kenne die ganz frühe antiautoritäre Welt, ich habe ja mit Joschka Fischer die unabhängige Schülergruppe Stuttgart gegründet. Da ging es um Schülermitbestimmung, gegen Pressezensur von Schülerzeitungen, gegen Lehrer, die den Rommelfeldzug in Afrika glorifizierten – basisdemokratische Themen, bei denen Schüler gesagt haben: Wir wollen es anders. Dann verirrte ich mich noch in die ultralinke Szene, bekam aber rechtzeitig den Absprung hin und habe dann 40 Jahre lang eine wunder-

schöne Laufbahn in der Wirtschaft absolviert. 20 Jahre Daimler, zehn Jahre Lufthansa, fünf Jahre bei Continental, fünf Jahre Telekom, ich möchte keinen Tag missen! Jetzt bin ich in vielen politischen und zivilgesellschaftlichen Projekten engagiert und ich verlerne und lerne um. Ich kann nicht mehr führen wie früher, ich kann Einfluss nehmen und hoffen, dass er wahrgenommen wird. Ich muss viel mehr überzeugen, kann nicht mehr anordnen. Man muss debattieren, sich Meinungen anhören, die einen quälen und bei denen man einen dicken Hals bekommt. All diese Dinge lerne ich jetzt gerade in Netzwerken, in denen man nur kraft seines Beitrags wichtig ist und nicht kraft seines formellen Titels. Ich bin jetzt 66 und denke,

noch zehn, fünfzehn Jahre kann ich Hand anlegen für unser Land.

Ihre Wortwahl klingt, als würden Sie leiden, aber Sie sagen das alles mit einem Lächeln und motiviert funkelndem Blick.

SATTELBERGER: (lacht) Verlernprozesse sind ja nie nur schön! Das geht ja auch einer FDP so, die lernen musste zu verlernen; die Fehler nicht wiederholen darf, die tief eingegraben waren in der Geschichte der Partei – und zudem noch Neues hinzulernen muss. Lernen ist manchmal auch ein bisschen quälend. Aber ich nehme das mit Humor, denn ich entscheide ja selbst darüber, wie es mir damit geht. Wobei ich auch feststelle, dass die politischen Mechanismen in großen »



„Parteien wandeln sich immer mehr zu Debattenplattformen – natürlich immer innerhalb eines gewissen Wertespektrums.“

Unternehmen, in der staatlichen Bürokratie sowie in tradierten Parteien relativ ähnlich sind. Viel Mikropolitik, viel Befindlichkeit der Einzelnen, jeder ist stets darauf bedacht, dass seine Stimme und Position gehört und respektiert wird. Da ist schon auch viel Gepräge dabei.

Vermutlich gilt, dass Unternehmen mit zunehmender Größe in ihren bürokratischen Strukturen Behörden immer ähnlicher werden – die ihrerseits der Politik natürlich auch organisatorisch nahestehen.

SATTELBERGER: Und Parteien insbesondere, wenn sie sich historisch etabliert und

unvergänglich sehen, ähneln den Institutionen, in und mit denen sie arbeiten.

SCHLÖMER: Die SPD kommt ja aus der Arbeiterbewegung, die in den Gründungszeiten sehr strikt top-down organisiert war.

SATTELBERGER: Oder die Christdemokraten, die immer schon sehr führerorientiert waren, eben Kanzler-Wahlpartei.

Eine besondere Autoritätsgläubigkeit kann man nun weder den Piraten noch der FDP nachsagen.

SCHLÖMER: Ich halte das für einen Gewinn. Ich glaube, es ist in jedem Fall gut, Mitarbeiter zu beteiligen, ob das nun in einem Unternehmen ist oder eben in einer Partei. Auch Bürger besser an Entscheidungen zu beteiligen ist ein wichtiger Erfolgsfaktor, der zukünftig noch stärker zu beachten sein wird. Ich glaube, dass zukünftig eher Netzwerke zu organisieren sind, Hierarchien werden verschwinden. Menschen werden sich leichter von Unternehmen lösen und bereit sein, zu gehen und sich für ein anderes zu entscheiden – oder für eine andere Partei.

Soll vorgekommen sein.

(allgemeines Gelächter)

SATTELBERGER: Früher war es eher so, dass es Parteiprogramme gab, nach denen dann die Mitglieder gewissermaßen normiert wurden. Das hat sich geändert: Parteien wandeln sich immer mehr zu Debattenplattformen, natürlich immer innerhalb eines gewissen Wertespektrums. Da ist man gut beraten, die Mitglieder voll teilhaben zu lassen und zusätzlich auch die Außenwelt mit einzubinden. Liberalität heißt eben auch Perspektivenvielfalt.

SCHLÖMER: Genau das wird ein Erfolgsgarant sein. Den Freien Demokraten muss es gelingen, gegenüber Bürgern Beteiligungsplattformen zu etablieren. Das erwarten viele junge Menschen heute von der Politik.

SATTELBERGER: Der Mittelständler als klassischer FDP-Wähler hat ja auch Mitarbeiter. Die haben auch Bedürfnisse, die nicht notwendigerweise identisch sind mit denen des Unternehmers. Wenn ich also nur ihn anspreche, vergesse ich möglicherweise seine 150 Angestellten. Gerade die Zukunft

der Arbeitswelt wird aber zu einem Schlüsselthema. Solche Perspektiven in die Debatte zu integrieren und zu versöhnen, wo es versöhnbar ist, ist eine wichtige Aufgabe der FDP. Gäbe es in der Partei keine Debattenkultur, wäre ich kein FDP-Mitglied.

Was ist denn Ihr inhaltliches Steckpferd, Herr Sattelberger?

SATTELBERGER: Ich habe große Freude, mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit am Thema Bildung zu arbeiten. Besonders am Herzen liegt mir die berufliche Bildung, die ja viel länger dauert als die Schulbildung. Von 25 bis 70, nicht nur von sieben bis 25. Es gilt, diese gegen die Einseitigkeit des akademischen Weges zu stärken. Ich finde, wir haben zudem einen Teil unseres Bildungssystems zu sehr einer Industrialisierungslogik unterworfen. Das Aufteilen von Wissen in kleine Bauteile und Module, die dann abgeprüft werden, führt zu einer Reproduktionshaltung statt zu schöpferischer Kreation. Mit fehlen die Experimentierräume in der Bildung. Nicht erst an der Hochschule, sondern schon in der Grundschule, die ähnlich wie die Berufsschule komplett unterfinanziert ist.

SCHLÖMER: Ich arbeite seit über 15 Jahren in der Hochschulplanung und kann Ihre Kritik gut nachvollziehen: Ähnlich der etwas zu kleinteilig geratenen Modularisierung von Hochschulbildung im Bologna-Prozess droht Gleiches auch in der beruflichen Bildung, beim sogenannten Kopenhagen-Prozess.

SATTELBERGER: Eine weitere Frage, die mich umtreibt: Sollten Hochschulen nicht den Auftrag haben, neben Forschung und Lehre als dritte große Mission auch das Thema Gründung voranzutreiben? Die Frage der digitalen Kompetenz erfährt in Deutschland Rückschläge durch Debattenbeiträge wie dem von Gehirnforschern verfassten Buch „Die digitale Demenz“, die sich darin zum Richter einer unaufhaltsamen Entwicklung aufschwingen. Es gilt sicherzustellen, dass digitale Kompetenz als vierte Kulturtechnik im Bildungssystem integriert wird statt nur als x-tes Schulfach. Und vor dem Hintergrund der Flüchtlingswellen: Ich sehe im Augenblick keinen Weg, wie Hunderttau-



„Wenn jemand ein erfahrener Maurer in Tunesien war, wieso soll er das in Deutschland nicht sein können?“

sende dieser jungen Menschen in die klassische Berufsausbildung integriert werden können. Wir müssen auf diese disruptive Entwicklung disruptive neue Antworten finden und die alten Dogmen infrage stellen. Warum kann beispielsweise ein Flüchtlingsmädchen nicht mit einer einjährigen Ausbildung Salonassistentin beim Friseur werden? Warum kann eine alleinerziehende Mutter nicht eine Teilzeitausbildung absolvieren? Warum kann ein anerkannter Flüchtling nicht einerseits arbeiten, um Geld nach Hause zu überweisen – das wird erwartet, schließlich hat die Familie seine Flucht finanziert –, und andererseits Bildung bekommen? Alles Modelle, die im Berufsbildungssystem derzeit nicht vorgesehen sind.

SCHLÖMER: Deutschland tut sich auch schwer, erworbene Kompetenzen leichter anzuerkennen. Wenn jemand ein erfahrener Maurer in Tunesien war, wieso soll er das in Deutschland nicht sein können? Das Handwerk beherrscht er ja.

SATTELBERGER: Er hat halt den Meisterbrief nicht. Am Meisterbrief wird die Welt aber nicht immer genesen. Mein drittes großes Thema ist die Arbeitswelt der Zu-

kunft: Ich glaube, wir müssen Abschied nehmen vom normalen Arbeitsverhältnis mit fünf Achtundentagen in der Woche. Die Digitalisierung bietet ganz andere Formen der Souveränität und Freiheit – aber auch der Verführung.

Sagen Sie lächelnd als kleinen Seitenhieb zu jemandem, der auch seine Hundertstundenwochen hatte.

SCHLÖMER: Das war ja freiwillig.

Eben, die Verführung war offenbar da.

SCHLÖMER: Das stimmt. Man muss hier aber auch soziale Kriterien mitdenken. Wie kann man dafür Sorge tragen, dass Menschen nicht prekär arbeiten und dann plötzlich rausgeschmissen werden? Es gibt durchaus Fälle von engagierten Menschen, die immer präsent sind, sich über die Maßen engagieren, auf Urlaub verzichten – und dennoch nach einem halben Jahr gekündigt werden.

SATTELBERGER: Diese Präsenzkultur ...

SCHLÖMER: ... die brauchen wir nicht!

SATTELBERGER: Genau! Das bedeutet auch, Abschied zu nehmen von lieb gewonnener Führungskultur, in der man seine Leute physisch anwesend haben muss, um sie zu überwachen. Zu diskutieren wäre auch ein Flexicurity-Modell wie in Dänemark, das lange Jahre sehr erfolgreich war. Bei niedrigen Hürden für Jobwechsel wird viel investiert in Bildung und Employability, sodass der elastische Arbeitsmarkt die Leute auch wieder aufnimmt. Das starre deutsche Modell ist nicht das einzig mögliche. Ich habe Ende der

80er-Jahre den Satz geprägt: Menschen müssen Unternehmer ihrer eigenen Talente werden. Ich bin zutiefst überzeugt, dass viele Potenziale in den Menschen schlummern, die vernichtet werden durch vieles, was hierzulande durch Curricula in der Bildung und durch Arbeitsmarktstarre vorgegeben ist. Wir müssen eine Philosophie der Freiheit entwickeln, um Begabungen zu entfalten, statt nur vom Schutzgedanken auszugehen. Der Schutz muss greifen, wenn zu viele durch den Rost fallen. Aber von vornherein zu normieren, bremst die Menschen nur aus.

Sie haben sich die Entscheidung, sich in der FDP zu engagieren, nicht leicht gemacht. Gab es den einen Moment, bei dem Sie dachten: Oh je, jetzt fehlt aber wirklich die FDP!

SCHLÖMER: Die aktuelle Entscheidung der Bundesregierung zur Vorratsdatenspeicherung ist ein entscheidender Punkt, an dem eine bürgerrechtsliberale Stimme fehlte. Es ist erschreckend, wie schnell Positionen in der aktuellen Politik aufgegeben wurden. Ich bin ein großer Anhänger von wertegebundener Politik. Grundrechte und Bürgerrechte zu wahren ist für mich ein hohes Gut. Ein anderer Punkt ist der Umgang der Bundesregierung mit ihren Geheimdiensten und der Kontrollverlust der Politik. Da ist liberaler Sachverstand sehr dringend gefordert. Da geht es nicht nur um persönliche Freiheiten, sondern auch um Unternehmensfreiheiten. Was tut dieses Land, um das Schnüffeln der Geheimdienste in Wirtschaft und Privatleben zu verhindern?

SATTELBERGER: Bei mir gab es auch zwei Punkte: Die Rente mit 63 halte ich für eine, wie der Schwabe sagt, „saudumme Entscheidung“ und vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung für eine Sünde. Und den Fall Schlecker zu missbrauchen, um Leih- und Zeitarbeit derart zu regulieren, dass die Atmungspotenziale des Mittelstands signifikant beschnitten werden, mag in guten Zeiten gerade noch verdaulich sein, wird sich in schlechten Zeiten aber bitter rächen.

Vielen Dank für das interessante Gespräch – wir freuen uns auf viele weitere interessante Diskussionen! ●



„... wir haben es selbst in der Hand“

Die Debatte um die Flüchtlingswelle kreist bislang vor allem um die Frage, wie Zuwanderung gebremst wird, anstatt darum, wie die Zukunft der Menschen, die zu uns kommen, gestaltet werden soll. Der führende Demografie-Experte **AXEL BÖRSCH-SUPAN** erklärt, worauf es jetzt ankommt: intelligente Integration. // INTERVIEW // **BORIS EICHLER**

Herr Börsch-Supan, bevor wir über Integration sprechen – Sie müssen jetzt zunächst einmal selbst integriert werden, denn Sie arbeiten die nächste Zeit in den USA ...

Das stimmt zwar, aber es bedarf keiner großen Anstrengung. Ich war seit meiner Zeit als kleiner Junge mehrfach in den USA, habe mein erstes Schuljahr dort verbracht und später auch in den USA promoviert. Ich bin für einige Monate hier zum akademischen Auftanken – denn die besten Universitäten finden Sie nach wie vor in den USA.

Man kann Sie also als „bereits integriert“ bezeichnen?

Ja, allerdings sind wir Professoren ohnehin privilegiert. Meine Position lässt sich nicht mit der jener Menschen vergleichen, die sich nach Deutschland durchschlagen.

Was bekommen Sie im sonnigen Kalifornien mit vom Flüchtlingsdrama in Europa? Nimmt man in den Staaten Notiz davon?

Die Amerikaner zeigen große Anteilnahme an den Ereignissen, weil sie selber ein Flüchtlingsproblem haben, das auch in den gerade stattfindenden Vorwahlen eine wichtige Rolle spielt. Donald Trump sammelt nicht zuletzt wegen seiner populistischen und xenophoben Haltung in dieser Frage Punkte. So wie es immer mehr Politiker in Europa tun. Neu ist in den USA, dass Trump damit flächende-

ckend Erfolg zu haben scheint. Entsprechende Ergebnisse in Arizona haben mich nicht erstaunt, in Massachusetts dagegen sehr.

In Deutschland scheint die öffentliche Debatte seit Monaten vor allem darum zu kreisen, wie weitere Zuwanderung verhindert wird. Wenig wird darüber gesprochen, wie man Hunderttausende integriert ...

... ich fürchte, an dieser Feststellung ist etwas dran. Und dahinter steht eine falsche Einstellung. Wir sind ein Land, das junge Leute braucht. Unsere ältere Generation hat zu wenige Kinder in die Welt gesetzt. Es fehlt an jungen Köpfen, die etwas anpacken wollen, die Unternehmergeist haben und improvisieren können. Nun bietet sich die Chance, die aus den Einwanderern zu rekrutieren. Klar ist: Die meisten, die derzeit zu uns kommen, sind schlecht ausgebildet oder so, dass es nicht zu unseren Bedürfnissen passt. Aber sie sind jung, über die Hälfte von ihnen ist unter 25 Jahre alt. Sie können also noch zur Schule gehen oder Weiterbildungsangebote nutzen.

Das wird erheblich Geld kosten.

Richtig. Aber sehen Sie das mal so: Wir haben auch viel an Ausbildungskosten gespart, weil wir so wenig eigenen Nachwuchs haben. Das können wir nun in die Flüchtlinge investieren. Unser größter Fehler war es, kein Einwanderungsgesetz aufzulegen, das es uns

ermöglicht, unbescholtene und qualifizierte Zuwanderer einzuladen, statt sie nach England, Frankreich oder in die USA ziehen zu lassen. Das wurde zwar immer wieder diskutiert, ist aber genauso oft gescheitert.

Ist es dafür nicht zu spät? Wo ist noch Kapazität für geregelte Zuwanderung angesichts der aktuellen Flüchtlingszahlen?

Für den Augenblick haben Sie recht. Wir werden aber auch wieder in eine Situation mit weniger Einwanderern kommen. Und in dieser Frage brauchen wir eine stetige Politik. Bislang werden wir von Wellen überrollt, es ist ja nicht die erste. Viel besser wäre eine stetige Einwanderung auf niedrigerem Niveau. An einer stetigen Zuwanderungspolitik fehlt es im Übrigen nicht nur in Deutschland, auch die EU benötigt sie.

Ist unser Bildungssystem überhaupt geeignet, um die Zuwanderer fit für unseren Arbeitsmarkt zu machen?

Warum nicht? Zunächst sind viele Kinder dabei, die wir in unsere ganz normalen Schulen geben können. Natürlich müssen wir ihnen schnell die deutsche Sprache beibringen. Unsere duale Ausbildung ist hervorragend geeignet, junge Menschen mit schlechten Deutschkenntnissen an unsere Sprache heranzuführen. Was wir jetzt haben, ist kein qualitatives, sondern ein quantitatives Problem.

Was halten Sie von Erleichterungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt? Stichwort: Mindestlohn. Da tun sich vor allem die Volksparteien schwer...

Das wird erforderlich sein, aber auch hier haben wir bereits die erforderlichen Hebel: Es gibt beim Mindestlohn Ausnahmen für Langzeitarbeitslose, die wir für die Flüchtlinge gut gebrauchen könnten – und zwar ohne das gesamte Gefüge in Gefahr zu bringen. Ich sage ganz offen: Ich bin kein Freund des Mindestlohns, das war ein großer Fehler. Jetzt haben wir ihn und man muss pragmatisch damit umgehen. Unser Problem ist: Wir sind eine Gesellschaft, bei der die Insider dominieren und Outsider außen vor gehalten werden...

...also Arbeitsplatzinhaber versus Arbeitslose?

So ist es. Das haben wir so schon bei der Integration der neuen Bundesländer praktiziert, was Renten und Arbeitsmarkt angeht. Die Folgen waren desaströs. Erinnern Sie sich an die riesige Arbeitslosigkeit im Osten? Im Rentensystem gibt es groteske Ungerechtigkeiten. Es fehlt nach wie vor an der Konvergenz zwischen Ost und West. Wir könnten aus diesen Fehlern lernen, trauen uns aber nicht, für neue Situationen neue Gesetze zu machen.

Dann mal los: Welche neuen Gesetze brauchen wir?

Wo es auch immer geht, sollten wir die Einwanderer durch unsere vielen Regularien nicht behindern. Wir brauchen Ausnahmen, wenn Sie so wollen, auf der untersten Arbeitsebene: einen temporär niedrigeren Mindestlohn für Zuwanderer, vor allem für die jüngeren, die ohne Ausbildung sind. Man könnte viel flexibler sein bei den Vorschriften, die einzelne Berufe betreffen: Was darf ein Elektriker machen, was ein Installateur? Wer in Syrien Elektriker war, sollte hier am Anfang zumindest schon mal mithelfen dürfen. Wer nicht irgendeinen gesetzlich definierten Status hat, wird in Deutschland planmäßig vom Arbeitsmarkt ferngehalten – diese schrecklichen Regelungen müssen weg. Denn dies alles führt dazu, dass die Einwanderer nicht arbeiten dürfen und stattdessen in den Erstaufnahmeeinrichtungen herumhängen.

Fast zwangsläufig kommt der eine oder andere so auf dumme Gedanken. Wir könnten ihnen doch wenigstens eine befristete Arbeitserlaubnis geben.

Viele Diskussionen kreisen auch um die Frage, ob Zuwanderung einen volkswirtschaftlichen Gewinn oder Verlust mit sich bringt. Hand aufs Herz – lässt sich das überhaupt seriös beziffern?

Im Prinzip schon. Das lässt sich aber nur auf Basis verschiedener Szenarien berechnen. Die Zukunft können wir natürlich nicht vorhersagen, insbesondere, ob uns die Integration gelingt. Ich halte das Berechnen verschiedener Szenarien aber für sehr wichtig.



ZUR PERSON

Der Wirtschaftswissenschaftler **AXEL BÖRSCH-SUPAN** (* 1954) gehört zu den führenden Demografie-Experten in Deutschland. Er promovierte 1984 in VWL bei Nobelpreisträger Daniel McFadden am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge, Massachusetts. Seit Januar 2011 ist Börsch-Supan wissenschaftliches Mitglied der Max-Planck-Gesellschaft. Sein Mannheimer Forschungsinstitut ist seit 2011 als Munich Center for the Economics of Aging (MEA) Teil des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik in München. Er ist zudem Koordinator der EU-Forschungsinfrastruktur Survey of Health, Aging and Retirement in Europe (SHARE).

Das macht auf große Fehler aufmerksam, die wir vermeiden können. Ich lege mich fest: Wenn wir die Integration schaffen, werden wir volkswirtschaftliche Vorteile daraus ziehen. Dann haben wir in fünf Jahren zum Beispiel erheblich mehr Beitragszahler in der Rentenkasse. Gelingt die Integration nicht, erhöhen wir unsere Arbeitslosenquote, das kostet uns dann Geld.

Eine steigende Zahl an Menschen scheint nicht an ein Gelingen der Integration zu glauben. Wie begegnet man dieser Skepsis?

Das Wichtigste ist, offen zu sprechen. Ich bin ausgesprochen unglücklich darüber, dass wir über die Einwanderer bislang sehr wenig wissen. Weder sind die Flüchtlinge überwiegend gut ausgebildete Ärzte, die wir brauchen, noch sind sie überwiegend schwer integrierbare Zeitgenossen, wie wir sie vor dem Kölner Hauptbahnhof erlebt haben. Wir sollten ein realistisches Bild zeichnen, was zugegebenermaßen nicht einfach ist. Denn: Wir haben zu wenige Daten. Nicht nur die Journalisten stochern hier im Nebel, auch die Wissenschaft. Die Behörden könnten Daten erheben, sie sind jedoch noch immer damit beschäftigt, das Notwendigste einzurichten. Teils fühlen sie sich aber auch in ihrer Arbeit durch Wissenschaftler gestört, die in den Erstaufnahmeeinrichtungen Umfragen machen. Das ist keine gute Gemengelage, denn Unwissen schürt Vorurteile.

Transparenz ist also gefragt?

Ja, und zwar in alle Richtungen. Bislang hat es die Spitze der Bundesregierung versäumt, klar zu sagen: Wenn wir jetzt versagen, wird das ein teurer Spaß. Wenn wir dagegen die Integration schaffen, löst das wirklich eine Reihe erheblicher Probleme, die wir durch den demografischen Wandel haben. Beides wird nicht kommuniziert, und das halte ich für einen Fehler. Natürlich: Die gegenwärtige Situation ist über uns hereingebrochen – aber wir haben es in der Hand, daraus eine gute Sache zu machen. ●



Besser solide Opposition

Mit dem Einzug in zwei Landesparlamente ist die FDP wieder zu einem Faktor geworden. Doch sie sollte sich hüten, jede Hand zu nehmen, die sich ihr jetzt gereicht wird. Warum eine Regierungsbeteiligung auf Landesebene genau der Fehler ist, den die Partei jetzt nicht machen darf.

// TEXT // HENNING KRUMREY

Nach den jüngsten Landtagswahlen sind sie irgendwie alle da: Die FDP ist wieder da, die AfD ist schon wieder da, die SPD ist noch da. Und die Grünen? Sind stärker da als je zuvor.

Zwar gilt Letzteres nur für Baden-Württemberg und ist allein der Person des alten und vermutlich neuen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zuzuschreiben. Und doch ist der Wahlsonntag vom 13. März ein historischer Einschnitt für die Parteienlandschaft. Erstmals sind die Grünen in einem Bundesland stärkste Partei geworden, erstmals hat eine ehemals sogenannte große Koalition aus Christ- und Sozialdemokratie keine Mehrheit mehr, erstmals zieht die AfD in die Parlamente westdeutscher Flächenländer ein.

Die Stimmen für die AfD als reine Protestwählerstimmen zu deklarieren, wäre zu einfach. Es haben sich nicht nur frustrierte Wähler von den „Altparteien“, wie die AfD sie gerne nennt, abgewandt. Den stärksten Zulauf erzielte die AfD bei den bisherigen Nichtwählern. Das wundert, denn diese hätten schon bei den jeweils vorangegangenen Wahlen Protest wählen können. Parteien am rechten Rand gab es seit jeher, auch diesseits der NPD. Aber jene Gruppen übten damals wie heute keine Anziehungskraft aus. Die AfD füllt ein Vakuum, das in der Vergangenheit schon da war und durch den Kurs

der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel in der Flüchtlingsfrage noch größer geworden ist. Ein Zehntel bis ein Fünftel der Wahlberechtigten in den drei Ländern sahen für sich erstmals eine politische Alternative.

Riss geht durch die ganze Republik

Es gibt augenscheinlich in West wie Ost Bürger, die den Kurs der übrigen Parteien grundsätzlich ablehnen. Sei es bei der Zuwanderung, der Euro-Rettung, vielleicht auch der Familienpolitik. Sie wollten nicht bloß den anderen Parteien einen Denkkzettel verpassen (den diese in der Vergangenheit gar nicht erst lesen wollten), sondern sie wollen Deutschland in der Form von 2010, vielleicht auch 2000 (also ohne Schröders Agenda) zurückhaben. Fast 25 Prozent für die AfD in Sachsen-Anhalt und immerhin zweistellige Ergebnisse in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz lassen sich nicht allein mit bloßer Wählerbockigkeit erklären.

Die Radikalisierung am rechten, in Sachsen-Anhalt auch am linken Rand macht die Politik nicht nur ratlos, sondern auch riskant – auch wenn kein Land durch das Wahlergebnis unregierbar geworden ist. Der Präzedenzfall droht im Osten: Dort kann es ohne die Extremparteien nur noch eine Regierung aus den drei verbliebenen Farben geben: Schwarz, Rot und Grün. Das freilich ist genau jenes „Kartell der Altparteien“, dem

die AfD stets ihre Stigmatisierung vorgeworfen hat. Flugs zählt CDU-Ministerpräsident Rainer Haseloff die Grünen zu seiner „Koalition der Mitte“. Das heterogene Trio will die Radikalen in Schach halten. Magdeburg atmet einen Hauch von Weimar.

Im Westen ist es zwar etwas einfacher, aber nicht besser. Gegen die stoische Urgewalt des Alt-Ökos Winfried Kretschmann mit seiner Igelfrisur kam im Ländle der unbeholfen wirkende schwarze Spitzenkandidat Guido Wolf nicht an. Mit jeder Wahlkampfwoche schrumpfte sein Vorsprung, „weil immer mehr Menschen unseren Kandidaten kennenlernen“, spottete ein führendes Mitglied seines eigenen CDU-Landesvorstandes. Der abgebrochene Versuch von Wolf und der rheinland-pfälzischen Spitzenkandidatin Julia Klöckner, sich von Merkels Flüchtlingskurs zu distanzieren, entlarvte sich durch das Zurückzucken als Taktikspielerei. Die Wähler haben dafür ein feines Gespür.

Einst beobachteten CDU und CSU mit einer gewissen Schadenfreude, wie die Sozialdemokraten ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit verloren, indem das linke Lager in SPD, Grüne und später noch in die Linkspartei zersplitterte. Heute ergeht es der Union genauso. Die AfD fischt nationalkonservativ, in manchen Ländern und Kommunen sind die Freien Wähler ein Faktor und auch die FDP kehrt aus Agonie und Versen-

kung zurück. Strebte früher jede der beiden Volksparteien so hohe Ergebnisse an, dass ohne sie nicht regiert werden konnte, geht es nun umgekehrt: Bald sind sie so schwach, dass mit ihnen nicht regiert werden kann. In Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt hat die SPD dieses Stadium bereits erreicht,

Doch Regierungsbeteiligungen jetzt sind genau jener Fehler, den die FDP nicht machen darf. An Rhein und Mosel müssten die Liberalen just jenes rot-grüne Projekt verlängern, das sie im Wahlkampf abzulösen versprochen. Und in Baden-Württemberg müssten sie gar als kleinster Partner einer

Für die FDP ist es noch ein weiter Weg zurück in alle Landesparlamente und in den Bundestag. Aber die Richtung stimmt zweifellos. Mit ihrer neuen Optik hat die Partei im Straßenbild Aufmerksamkeit bei den Bürgern gewonnen, ohne Aufsehen zu erregen. Denn in der Vergangenheit entpuppte sich



Gegen die stoische Urgewalt des Alt-Ökos Winfried Kretschmann mit seiner Igelfrisur kam im Ländle der unbeholfen wirkende schwarze Spitzenkandidat Guido Wolf nicht an.

der CDU droht Gleiches bald in Hamburg. Nun kommen Dreierbündnisse in den Blick, weil selbst Duette der größeren Parteien nicht genügend Sitze auf die Waage bringen, um eine Regierungsmehrheit zustande zu bringen.

Die FDP steckt in der Beweisfalle

Für die FDP stellt sich diese Machtfrage in Baden-Württemberg (wo die SPD dies reflexartig erst einmal abgelehnt hat) und in Rheinland-Pfalz. Das Problem der Liberalen: Mangels Regierungsbeteiligung können sie derzeit nirgends beweisen, ob und wie sie ihre Wahlversprechen tatsächlich halten; sie können also nur schwer glaubhaft machen, dass sie aus den Fehlern der letzten Bundestags-Legislaturperiode gelernt haben.

„Deutschland-Koalition“ versuchen, zwei Staatsparteien zur Marktwirtschaft zu bekehren – ein aussichtsloses Unterfangen. In Stuttgart wäre dies sogar mit dem Makel behaftet, in einer Art Polit-Komplot den erklärten Wählerwillen zu vereiteln, den Ministerpräsidenten Kretschmann zu behalten. Denn selbst 60 Prozent der CDU-Wähler wollten lieber den Grünen mit der zerknautschten Sprache als Landesvater haben denn den eigenen Spitzenkandidaten. Nicht zuletzt: Jede Regierungsbeteiligung, die jetzt die SPD und CDU so lockend ins Schaufenster stellen, wäre ein gefundenes Fressen für die Medien. Die Schlagzeilen dürften umgehend lauten: Kaum gibt es Posten und Dienstwagen, drängt die FDP wieder an die Fleischtöpfe.

Aufsehen oft als Hemmnis für Ansehen. In aufgeregten Zeiten, wie sie derzeit herrschen, sind Geradlinigkeit, Verlässlichkeit und Seriosität gefragt und gerade für bürgerliche Wähler von wachsender Bedeutung. Die Oppositionsbänke sind jetzt für die Liberalen der richtige Platz. Nicht Fundamentallopposition mit Krawall und Klamauk, sondern solide Arbeit an und mit klaren Grundsätzen. ●



HENNING KRUMREY war von 2009 bis 2015 stellvertretender Chefredakteur der *Wirtschaftswoche*. Seit dem 1. Januar 2016 ist er Leiter der Abteilung für Politik und Kommunikation bei der ALBA Group in Berlin.
redaktion@libmag.de

Über Protestparteien und journalistische Ethik

Der Erfolg der AfD kam nicht über Nacht. Es bedarf eines bestimmten gesellschaftlichen Klimas, damit Politik per se als unglaublich empfunden wird. Die Massenmedien haben gründliche Vorarbeit geleistet.

// TEXT // **THOMAS PETERSEN**

Zu Recht ist in den vergangenen Wochen viel darüber geschrieben worden, dass die Ergebnisse der Landtagswahlen vom 13. März wesentlich durch das Thema Einwanderung bestimmt wurden. Die Mehrheit der Deutschen ist mit der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung ganz offensichtlich nicht einverstanden und fürchtet Probleme bei der Integration der vielen Einwanderer. Auch die Angst vor dem Verlust der eigenen kulturellen Identität ist nicht nur unter den Wählern der AfD verbreitet. Es bedarf keiner großen analytischen Fähigkeiten, um festzustellen, dass die Flüchtlingskrise der Hauptgrund sowohl für den Aufstieg der AfD als auch die Verluste der CDU in allen drei Ländern war. Weniger offensichtlich ist, dass auch die FDP von diesem Thema profitiert hat. Eine Repräsentativumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach vom Januar dieses Jahres zeigte eindeutig, dass die Anhänger der Freien Demokraten mehr als die von CDU/CSU und SPD über die Flüchtlingskrise besorgt waren. Es spricht einiges für die Aussage des baden-württembergischen Spitzenkandidaten Hans-Ulrich Rülke, der sagte, dass die FDP bei diesem Thema die „Alternative für Demokraten“ sei.

Und doch lässt sich der Erfolg der AfD nicht allein durch die Flüchtlingskrise erklären. Sie bot den konkreten Anlass. Doch wer den Aufstieg der Partei verstehen will, muss sich grundsätzlicher mit den Themen Politikverdrossenheit und journalistische Ethik befassen. Der Kolumnist Jan Fleischhauer schrieb auf *Spiegel Online*, den deutschen Journalismus treffe keine Schuld am Erfolg der AfD. Doch damit liegt er wahrscheinlich falsch.

Zwar haben die meisten Journalisten in den vergangenen Monaten in der Tat „alles in ihrer Macht Stehende unternommen, um die Menschen davon abzuhalten, AfD zu wählen“, so wie es Fleischhauer schreibt (wobei er zwischen den Zeilen fragt, ob das überhaupt die Aufgabe von Journalisten ist). Doch es bedarf eines bestimmten gesellschaftlichen Klimas, damit eine Partei überhaupt als glaubwürdig empfunden werden kann, zu deren Politikstil es gehört, politische Wettbewerber pauschal als unfähig, korrupt und abgehoben zu beschimpfen, und in deren Umfeld Verschwörungstheorien und Gewaltfantasien gegenüber Politikern blühen. Und dieses Klima ist nicht über Nacht entstanden und auch nicht durch die aktuelle Flüchtlingskrise. Es ist über Jahrzehnte hinweg vorbereitet worden. Und dabei spielen die Massenmedien eine wesentliche Rolle.

Da sind zum einen die Gesetzmäßigkeiten des Fernsehens, die die Spielregeln der Politik maßgeblich mitbestimmen. Der amerikanische Politikwissenschaftler Thomas E. Patterson hat bereits Anfang der 90er-Jahre darauf hingewiesen, dass das Fernsehen als Mittler zwischen Politik und Bevölkerung eigentlich ungeeignet ist. Politik ist ein mühsames und langwieriges Geschäft, das Fernsehen braucht Kürze. Politik ist kompliziert, das Fernsehen muss vereinfachen. Politik muss ständig Kompromisse suchen, das Fernsehen lebt von Konflikten. Patterson konnte für die Vereinigten Staaten zeigen, dass seit den 60er-Jahren die „Soundbites“, also die Länge, mit der Politiker im Fernsehen zu Wort kamen, immer kürzer wurden. Ähnliches muss man für Deutschland annehmen. Als Folge sind Politiker immer mehr auf

Foto: Getty Images/Flickr RF/AFP



Politik ist kompliziert, das Fernsehen muss vereinfachen. Politik muss ständig Kompromisse suchen, das Fernsehen lebt von Konflikten.

der Suche nach immer kürzeren, immer einfacheren, „sendefähigen“ Sätzen, um überhaupt noch durchzudringen – bis hin zur vollkommenen Sinnlosigkeit: „Partei gut, Fraktion gut, Glück auf!“ Nichts spricht dafür, dass die Politik in den vergangenen 40 Jahren einfacher geworden ist, aber die Vorstellung, sie sei einfach, hat sich bei der Bevölkerung gründlich durchgesetzt. Auf die Allensbach-Frage „Glauben Sie, man muss große Fähigkeiten haben, um Bundestagsabgeordneter zu werden?“ antworteten im Jahr 1972 63 Prozent mit „Ja“, 23 Prozent mit „Nein.“ Im Jahr 2010 waren dagegen noch 23 Prozent der Ansicht, man müsse als Abgeordneter große Fähigkeiten haben, 62 Prozent glaubten dies nicht.

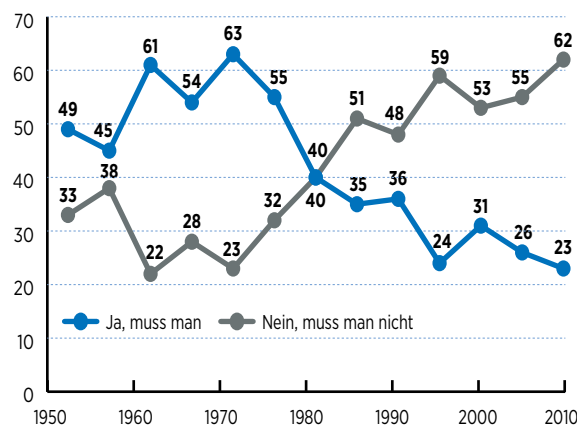
Noch problematischer ist die Tatsache, dass gleichzeitig die Berichterstattung über die Politik immer negativer geworden ist. Es ist ein Irrtum anzunehmen, dass das Prinzip „good news are no news“ ein unumstößliches journalistisches Gesetz sei. Nach Analysen des Mainzer Publizistikwissenschaftlers Hans-Mathias Kepplinger kamen in den 1950er- und 60er-Jahren in den führenden Tageszeitungen auf eine positiv wertende Aussage über Politiker zwei negative. In den 1980er- und 90er-Jahren lag das Verhältnis bei einer positiven zu fünf negativen Wertungen. Ähnliches gilt für die Parteien. Inhaltsanalysen des Instituts Media Tenor zeigen, dass im Jahr 2010 in den führenden Nachrichtensendungen alle Parteien mit Ausnahme der Grünen weitaus überwiegend negativ beurteilt wurden. Die FDP sogar in einem Verhältnis von eins zu vier.

Solche Botschaften können die Mediennutzer aber nicht durch eigene Beobachtungen ausgleichen, denn

die Auswirkungen politischer Entscheidungen werden im Alltag ja nur selten unmittelbar spürbar. Wenn man den Menschen über Jahrzehnte hinweg aber erzählt, dass Politiker generell dumm, unfähig und verlogen seien, darf man sich nicht darüber wundern, wenn sie es eines Tages auch glauben. Wer nicht will, dass die Wähler den platten Parolen von Protestparteien nachlaufen, muss damit aufhören, die Politik als Ganzes verächtlich zu machen. Und die Politiker müssen aufhören, sich selbst zu marginalisieren, indem sie dieses Spiel auch noch mitspielen. Die Wahlen vom 13. März zeigen, dass es dafür höchste Zeit ist. ●

ANSEHENSVERFALL DER ABGEORDNETEN

Frage: „Glauben Sie, dass man große Fähigkeiten haben muss, um Bundestagsabgeordneter zu werden?“



Der habilitierte Kommunikationswissenschaftler und Meinungsforscher **THOMAS PETERSEN** ist Projektleiter beim Institut für Demoskopie Allensbach und übernimmt regelmäßig Lehraufträge an der Universität Mainz und der TU Dresden.
redaktion@libmag.de

Polens liberaler Hoffnungsträger

Die Partei Nowoczesna gilt mittlerweile als zweitstärkste Kraft in unserem Nachbarland. Im Interview spricht der Parteivorsitzende **RYSZARD PETRU** über die schwierige Oppositionsarbeit und wie er die Beziehungen zu Deutschland verbessern will. // INTERVIEW // **BOREK SEVERA**

Faszinierend schnell ist in Polen die liberale Partei Nowoczesna (Die Moderne) zur stärksten Oppositionskraft aufgestiegen – nicht allein wegen des schnellen Popularitätsverlustes der allein regierenden nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Jaroslaw Kaczynski, sondern vor allem dank ihres charismatischen Vorsitzenden Ryszard Petru. Der wurde erst im Mai 2015 mit der Gründung von Nowoczesna politisch aktiv und hält auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit am 21. April die 10. Berliner Rede zur Freiheit am Brandenburger Tor.

Polens neue Regierung ist nun seit den Wahlen vom Oktober im Amt und Sie sind in der Opposition. Aus dem Ausland werden Polen seitdem flächendeckend eine rückständige Politik und rechtsnationale Tendenzen vorgeworfen. Wie schwer ist die Oppositionsarbeit unter diesen Bedingungen?

Es ist ziemlich schwierig, konkrete Resultate zu erreichen, zum Beispiel von unserer Partei vorgeschlagene Gesetzesvorhaben durch das Parlament zu bringen, wenn die Regierungspartei über mehr als 50 Prozent der Mandate verfügt und fest entschlossen ist, alle von der Opposition eingereichten Gesetzentwürfe zu blockieren. Aller-

dings haben wir zahlreiche öffentliche Beratungen organisiert: In den vergangenen Monaten haben wir viele Experten – Wissenschaftler, Unternehmer, Juristen – ins Parlament eingeladen, um deren Meinungen über die politischen und wirtschaftlichen Probleme unseres Landes zu hören.

Das klingt dennoch nach wenig wirklichem Einfluss ...

Im Gegenteil: Seit den Wahlen hat sich die öffentliche Unterstützung für uns verdreifacht – im Oktober 2015 erhielten wir 7,6 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen. Wenn heute Wahlen wären, bekämen wir mehr als 20 Prozent und würden die zweitgrößte Partei im Parlament. Das ist der beste Beweis für die Qualität unserer Arbeit.

Wie fühlen Sie sich als Vorsitzender der aktuell zweitstärksten polnischen Partei? Wie der Chef eines Start-up-Unternehmens?

Ja, in mancherlei Beziehung ähnelt unsere Partei einem Start-up. Wir sind eine Gruppe hoch motivierter und innovativer Leute, die miteinander beschlossen haben, die politischen Amtsinhaber herauszufordern.

Welche liberalen Lösungswege haben Sie der Politik Polens anzubieten?

Unsere politische Agenda basiert auf klassischen liberalen Prinzipien wie einem einfachen und gerechten Steuersystem, einem ausgeglichenen Haushalt, wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen und einer effizienten öffentlichen Verwaltung. Darüber hinaus wollen wir die Qualität unserer Demokratie verbessern, indem wir ein Gesetz zur Modernisierung der Finanzierung der politischen Parteien Polens vorschlagen, wodurch diese transparenter würden.

Das Verhältnis zwischen Warschau und Brüssel ist angespannt. Ist aus Ihrer Sicht die Resolution des Europäischen Parlaments zur Rechtsstaatlichkeit in Polen der richtige Hebel gegen die Maßnahmen der Regierung?

Wir sollten das Urteil der Venedig-Kommission abwarten, die diese Fälle gerade prüft. Wir wissen auch nicht, wie die polnische Regierung reagieren wird. Die nächsten Schritte richten sich danach.

Polen und Deutschland sind wichtige Partnerländer, auch wenn sie momentan in unterschiedliche Richtungen zu gehen scheinen. Gibt es aktuell eine Krise in den polnisch-deutschen Beziehungen?

Meine Partei sieht in Deutschland einen der wichtigsten Verbündeten Polens. Ungeachtet unterschiedlicher Sicht-

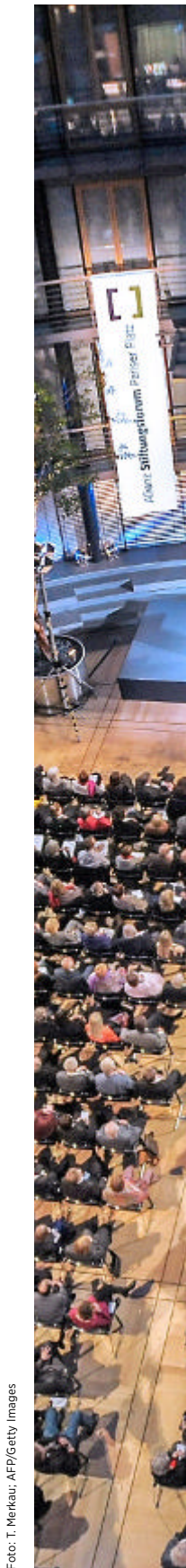


Foto: T. Merkaur, AFP/Getty Images



10. REDE ZUR FREIHEIT MIT RYSZARD PETRU AM 21. APRIL 2016 IN BERLIN

RYSZARD PETRU ist Vorsitzender der liberalen polnischen Partei Nowoczesna (Die Moderne). Auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hält er die 10. Berliner Rede zur Freiheit. Petru gilt als politischer Hoffnungsträger und einziger ernstzunehmender Oppositioneller gegen die rechtskonservative Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS). Im vergangenen Jahr widmete die Wirtschaftsjournalistin Zhanna Nemzowa als Rednerin zur Freiheit ihre Worte ihrem nur wenige Wochen zuvor ermordeten Vater, dem russischen Oppositionellen Boris Nemzow. Neben Nemzowa gehörten zu den bisherigen Rednern Udo Di Fabio, Heinrich August Winkler, Joachim Gauck, Paul Nolte, Peter Sloterdijk, Karl Kardinal Lehmann, Gabor Steingart sowie Mark Rutte.

Alle aktuellen Informationen zur Rede zur Freiheit finden Sie unter: www.freiheit.org/content/rede-zur-freiheit



weisen in bestimmten politischen Fragen sollten wir gemeinsam für eine bessere Europäische Union arbeiten. Es ist von allerhöchster Bedeutung, dass die Integrationskrise erfolgreich überwunden wird. Wenn Deutschland und Polen gemeinsam handeln, ist dies von Nutzen für die gesamte EU. Was die PiS-Regierung in ihrem Verhältnis zu Deutschland macht, halte ich für einen großen Fehler. Teilweise werden aus kleinen Angelegenheiten große Probleme, was völlig unnötige Spannungen schafft. Auf diese Art sollten Politik und Diplomatie nicht betrieben werden. Wenn Nowoczesna die Regierung übernimmt, werden wir das ändern.

Die Flüchtlingskrise spaltet Europa und gibt überall rechten Kräften Auftrieb. Wie soll Europa damit umgehen?

Das ist sehr schwierig. Erstens müssen wir die Krise an ihren Wurzeln angehen: eine friedliche Lösung der Syrienkrise finden und den IS besiegen. Zweitens müssen die Grenzen verstärkt werden. Drittens sollten die EU-Mitgliedsstaaten im Geiste von Solidarität und Loyalität zusammenarbeiten. Nur gemeinsam können wir auf die Krise antworten. Dabei müssen wir uns immer unserer Werte und ethischen Prinzipien erinnern, wenn es um die Hilfe für echte Flüchtlinge geht. Die EU existiert aufgrund von Werten und weil sie sehr viel erfolgreicher sein kann als einzelne Staaten. Zur Frage, wie wir weit rechts stehenden Bewegungen begegnen

sollten: Wenn die EU erfolgreich und mitfühlend ist, gewinnen wir diesen Kampf. Aber wir müssen den Mut haben, ihn zu führen.

Die polnische Regierung verspricht ein großes Wohlfahrtsprogramm. Ist das der richtige Weg, um die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Landes zu verbessern?

Ich befürchte, dass das angekündigte Wohlfahrtsprogramm für die polnische Wirtschaft schädlich sein wird. Es wird die Regierung dazu nötigen, entweder neue Steuern zu erheben, was das Wirtschaftswachstum behindern wird, oder die Staatsverschuldung zu vergrößern, was auf lange Sicht die wirtschaftliche Stabilität bedroht. Als Ökonom glaube ich, dass der beste Weg, die Bürger Polens wohlhabender zu machen, im Wirtschaftswachstum liegt, in Sparsamkeit, Investitionen und Innovationen.

Ihre Heimatstadt Wroclaw (Breslau) ist 2016 „Kulturhauptstadt Europas“. Warum sollten wir Deutschen nach Polen kommen und die Stadt kennenlernen?

Ich würde sie gerne dazu einladen, die Stadt als ein Fenster zu betrachten, durch das man einen Blick auf das moderne Polen werfen kann – ein schnell wachsendes und blühendes Land mit ehrgeizigen Menschen, die wirklich hart arbeiten wollen, um die verlorenen Jahre der kommunistischen Herrschaft aufzuholen und die wirtschaftliche Kluft zwischen unserem und Ihrem Land zu verkleinern. ●



Das Dumpfbackengesetz

// TEXT // **MICHAEL MIERSCH** // ILLUSTRATIONEN // **BERND ZELLER**

Wir leben in verwirrenden Zeiten. Bereits in den 1980er-Jahren prägte Jürgen Habermas den Begriff der „neuen Unübersichtlichkeit“ im Zusammenhang mit dem Vordringen des Neokonservatismus in Deutschland und der Krise des Wohlfahrtsstaates. Seither ist der politische Irrgarten nicht überschaubarer geworden. Doch in unseren Köpfen existieren nach wie vor Schubladen. Wir erwarten bestimmte Gesinnungen von Menschen mit bestimmten Kennzeichen. Wo würden Sie beispielsweise jemanden politisch einordnen, der sagt, Afrikaner seien Affen, anständige Frauen unterwerfen sich dem Manne und Homosexualität sei des Teufels? Vermutlich als Pegida-Anhänger oder vielleicht sogar als richtigen Nazi, der mindestens die AfD wählt.

Die genannten Überzeugungen stammen jedoch von Flüchtlingen, die in Deutschland Schutz suchen. Zusätzlich gaben die Befragten zu, wie sehr sie Juden hassen, plädierten für Ehen mit minderjährigen Mädchen und waren sich sicher, dass Frauen, die sich in der Öffentlichkeit nicht ordentlich verhüllen, allesamt Prostituierte seien. Frei von kritischer Selbstreflexion breiteten die muslimischen Asylbewerber ihr Weltbild vor deutschen Journalisten aus, die dies dankenswerterweise veröffentlichten.

Nach ein paarmal Durchatmen beruhigt man sich mit dem Gedanken, dass ja nicht alle so sind. Und das stimmt ja auch. Egal, in welchem Kulturkreis und in welcher Erdregion man sich bewegt – Anständige und Freundliche bilden überall die Mehrheit. Stets ist aber auch der Prozentsatz an Dumpfbacken und Hasskappen ungefähr gleich hoch. Nach meiner Erfahrung liegt er bei etwa einem Fünftel der Bevölkerung. Dieses Fünftel kann den anderen vier Fünfteln das Leben ganz schön vermiesen und furchtbares Unheil anrichten.

Manche Menschen, die sich für weltoffen und fortschrittlich halten, blenden das Dumpfbackenproblem bei Flüchtlingen und Einwanderern aus, indem sie mit zweierlei Maß messen: Gedankengut, welches sie bei Bio-Deutschen zu Recht anprangern, kehren sie bei Migranten als lässliche Entgleisung unter den Orientteppich. Politiker, die es ablehnen, mit AfD-Vertretern zu reden, treffen sich ungeniert mit Funktionären der staatlich türkischen Islam-Organisation DITIB, die unter anderem Anleitungen zum Koran-gerechten Schlagen von Frauen herausgibt und gegen Juden hetzt. Während Kölner Musiker und Künstler oft zu Protesten gegen fremdenfeindliche Versammlungen aufrufen, schweigen sie, wenn in einem Bürgerzentrum ihrer Stadt palästi-



nensische Aktivisten den Terror gegen Israel feiern. Fragt man, warum, heißt es zumeist, man zeige damit Respekt vor anderen Kulturen. Aber ist das Respekt, wenn man anderen nicht zutraut, Kritik zu ertragen? Oder zeigt sich darin eine kolonial-paternalistische Haltung nach dem Motto: Diesen Unzivilisierten darf man ihre Vorurteile nicht so übel nehmen, die können halt nicht anders. Wenn jemand ungebildet ist und aus einem traditions-verhafteten, hinterwäldlerischen Dorf stammt, mag dies als mildernder Umstand gelten. Eine Entschuldigung für Menschenhass ist es nicht. Die Faktoren Provinzialität und Bildungsferne treffen übrigens auch auf viele deutsche Rassisten zu – die dadurch ja auch nicht entschuldigt sind.

Ein homophober Afrikaner verdient ebenso deutlichen Widerspruch, wie ein arabischer Antisemit oder eine Russin die alle Muslime zu Terroristen erklärt. Gleichbehandlung bedeutet auch, für das eigene Handeln und die eigene Meinung verantwortlich zu sein. Selbstverständlich benötigen Verfolgte und in Not gera-tene Menschen Schutz und Unterstützung. Das muss aber keinesfalls Verständnis für ihre Ressentiments einschließen. Das Problem dabei sind weniger die Flüchtlinge selbst, die in vielen Fällen durchaus durch

Argumente und Geduld zum Nachdenken gebracht werden können. Vielmehr sind es die vermeintlich Verständnisvollen, die ihnen keine Veränderung zutrauen. Wenn man religiös-faschistisches Gedankengut bei Flüchtlingen und Einwanderern durchgehen lässt, zahlen den Preis dafür nicht die supertoleranten Bio-Deutschen. Opfer solcher Doppelstandards sind die Schwächeren: Mitglieder der Minderheiten selbst, Frauen und Mädchen, Homosexuelle, Agnostiker. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zu diesem Thema mal einen wunderbar pragmatischen Satz gesagt: „Wenn jemand von einer Frau kein Essen bekommen möchte, dann gibt es eben gar kein Essen.“ ●

MICHAEL MIERSCH ist Geschäftsführer Naturbildung bei der Deutschen Wildtier Stiftung. Davor arbeitete er als Journalist für große deutsche Zeitschriften, zuletzt als Ressortleiter beim *Focus*. Seine Bücher und Dokumentarfilme erhielten zahlreiche Preise. Neuestes Buch: „Alles grün und gut? Eine Bilanz des ökologischen Denkens“. Website: www.miersch.media//miersch@libmag.de

BERND ZELLER arbeitet als Cartoonist, Autor, Satiriker und Maler vorzugsweise in Jena. Während des Jura-Studiums hat er sich mit der rechtsstaatlichen Verfassung und der Aufklärung angefreundet. zeller@libmag.de



Die Quadratur der Kabel

Flächendeckende Versorgung
mit breitbandigem Internetzugang — welcher
Politiker fordert das nicht? Doch beim Fördern kann auch
viel schief laufen. // TEXT // **MATTHIAS KURTH**

Es bedarf heute kaum mehr einer Begründung, wie zentral die Digitalisierung unserer Umwelt und ein guter Zugang zum Internet für die wirtschaftliche und persönliche Entwicklung sind. So verwundert es auch nicht, dass Politiker auf allen Ebenen die Verbesserung des Zugangs zum Internet und den Ausbau der Breitbandnetze zur obersten Priorität erklärt haben.

Nun ist aber „gut gemeint“ oft das Gegenteil von „gut gemacht“, und man reibt sich die Augen, dass gerade in einer Zeit, in der der Bund aus der letzten Frequenzversteigerung 2,7 Milliarden Euro an Fördergeldern für den Ausbau in ländlichen Räumen zur Verfügung stellen will, darüber heftige Auseinandersetzungen entbrannt sind.

Zunächst einmal ist unsere bisherige Erfahrung mit dem Breitbandausbau in Deutschland (auch ohne eine Förderkulis-)

gar nicht so schlecht. Zwei Drittel der Deutschen haben Angebote von mehr als 50 Mbit/s, und die Kabelnetzbetreiber bieten bereits 100 Mbit/s bis 500 Mbit/s im Download an.

Fortschritt kommt im Schnecken tempo voran

Hier kommt die erste Merkwürdigkeit: Diejenigen Bürger, die schon heute die schnellsten Internetzugänge für passable Preise bekommen könnten, bestellen sie nur sehr zögernd. Ein Dienst wie Netflix, der zurzeit expandiert und viel Bandbreite benötigt, scheint einstweilen gut zu funktionieren.

Die Debatte sollte sich neben dem Ausbau der Infrastruktur deutlich mehr auf die Erweiterung der Anwendungen konzentrieren. Es ist zwar viel von Smart Homes, Smart Energy und Smart Health die Rede, aber der

Fortschritt bewegt sich gerade wegen vieler Widerstände der Betroffenen eher im Schnecken tempo. Blutdruckmesswerte kann man schon seit Jahren kontinuierlich und mit GSM sogar schmalbandig an zentrale Überwachungseinrichtungen übertragen. Dennoch sind Deutschlands Wartezimmer noch immer wegen derartiger Routinekontrollen gut gefüllt.

Wenn nicht Dienste disruptiver Art wie Uber gekommen wären, gäbe es heute nicht mal vernünftige Taxi-Apps. Die Anwendungen des „Internets der Dinge“ oder der intelligenten Umwelt werden übrigens mit einigen Ausnahmen wie den selbst fahrenden Autos auch in Zukunft keinen großen Anteil an der Breitbandnutzung haben, da sie nur gelegentlich überschaubare Datenpakete senden. Der große Breitbandfresser bleibt die Übertragung bewegter Bilder: Der 4K-Video-Standard kommt; damit wird sich



das Volumen beim Livestreaming explosionsartig entwickeln und 90 Prozent des Breitbands belegen. Aber gerade die jungen Generationen sehen derartige Dienste immer mehr auf mobilen Geräten, wodurch gerade diverse mobile Zugänge in der letzten Meile immer wichtiger werden.

Die zweite Merkwürdigkeit ist, dass der Grundsatz der Technologieneutralität zwar immer betont wird, in der Praxis aber die Leistungsfähigkeit und künftige Stärke mobiler, drahtloser Lösungen oft unterschätzt wird. 92 Prozent der Deutschen können bereits den Standard LTE nutzen – auch dank der Versorgungsaufgaben, die bei den verschiedenen Frequenzversteigerungen schon vor Jahren eingebaut wurden.

In den dünn besiedelten ländlichen Gegenden muss man sich die Kapazität einer Funkzelle im Übrigen mit weniger Nachbarn teilen, was den LTE-Download schon auf 30

Megabit erhöht. In wenigen Jahren wird 5G mit noch besseren Bandbreiten verfügbar sein.

Gerade in der letzten Meile sind mit WIFI/WLANS zahlreiche hybride Lösungen in Anwendung und der technologischen Entwicklung sind keine Grenzen gesetzt. Dieser Tage wurde entdeckt, dass über Breitbandkabel Docis 3.1 sogar symmetrische Datenübertragungsraten von mehreren Gigabit möglich sind.

Wenn man übrigens den Einmalbetrag von 2,7 Milliarden Euro Fördergeldern mit den 50 Milliarden Euro vergleicht, die in den nächsten Jahren durch die Unternehmen in den Ausbau des Breitbands investiert werden, wird deutlich, dass nur der private und nicht der öffentlich geförderte Bereich die Breitbandziele erreichen kann und die Hauptlast schultern muss.

Aber warum dann die ganze Aufregung, wenn sich die Förderung ohnehin nur auf eine Minderheit von Sondersituationen hauptsächlich im ländlichen Raum konzentrieren soll?

Es sind oft kleine Anfänge, die gut funktionierende Kreisläufe aus dem Ruder laufen lassen. Die sogenannte Energiewende ist dafür ein gutes Beispiel. Als man den ersten Solaranlagen für 20 Jahre irre Einspeisevergütungen zusagte, konnte noch niemand wissen, dass uns Stromkunden das mit mehreren 100 Milliarden Euro teuer zu Buche schlagen würde. Mit den heutigen Kenntnissen würde niemand mehr Strom so fürstlich entlohnen, der an Standorten und zu Zeiten erzeugt wird, wo ihn niemand brauchen kann. Aber ist der Fehler erst gemacht, bekommt man ihn kaum mehr heraus.

Fördergelder wohlüberlegt einsetzen

Natürlich gibt es auf allen Ebenen viel Engagement und zahlreiche positive Erfahrungen, wie man Breitband auch im ländlichen Raum ausbauen kann. Wenn man die Glasfaserleitungen in die Luft hängt (wie in Japan) oder nicht so tief verbuddelt (microtrenching), könnte man in Gegenden, wo die

Stromleitungen ohnehin oberirdisch geführt werden, noch mehr mit den Fördergeldern erreichen.

Fördergelder sollten ausschließlich in Bereichen vergeben werden, in denen keine wettbewerblichen Investitionen getätigt wurden oder zu erwarten sind.

Natürlich ist es richtig, dass weder 30 noch 50 Megabit, derzeit als Ziele von EU und Deutschland vorgegeben, das Ende der Entwicklung darstellen. Schon heute sind Gigabit auch durch hybride Lösungen möglich und werden bald angeboten werden.

Die von manchen in Europa zurzeit schon diskutierte Ausweitung der Universaldienstverpflichtung auf immer höhere Breitbandraten wäre allerdings der falsche Weg. Dann stünde auch ein Universaldienstfonds und eine entsprechende Bürokratie an und die Frage: Wer zahlt ein und wer bekommt etwas raus? Spätestens hier würden die Erfahrungen der Energiewende grüßen. Ein Markt, der in beispielloser Weise bewiesen hat, dass man ohne Steuergelder innerhalb weniger Jahre neue Hochleistungsnetze aufbauen kann, stünde vor gewaltigen Irritationen, die die privaten Investitionsanreize unterminieren könnten.

Einige Ältere erinnern sich noch an die digitale Steinzeit, als ein Autotelefon, das wie ein Koffer aussah, noch 10.000 Mark kostete und es Prognosen gab, nach denen sich höchstens 100.000 Leute Mobiltelefonie würden leisten können – und das niemals auf dem flachen Land. Sowenig man vorhersehen konnte, dass wir heute mehr Mobilfunkgeräte als Einwohner haben, dass Handys verschenkt werden und dass das Land flächendeckend mit Mobiltelefonie versorgt ist, so sehr sollte man auf die markgetriebene Dynamik und Innovationskraft des Wettbewerbs und der Unternehmen vertrauen. ●



Der Jurist **MATTHIAS KURTH** war von 2000 bis 2012 Präsident der Bundesnetzagentur und ist heute Executive Chairman Cable Europe.
redaktion@libmag.de



Besser scheitern

Bei den Fuckup Nights erzählen Unternehmensgründer von ihren Fehlleistungen. Das Veranstaltungskonzept hat in immer mehr Städten weltweit Erfolg, besonders aber in Deutschland. Ist das der Beginn einer neuen Kultur des Scheiterns?

// TEXT // RALF KALSCHUR

Fuckup

Für ein paar Minuten wird es ernst an diesem heiteren Abend der Gestrauchelten im Veranstaltungssaal einer Berliner Werbeagentur. Die Gespräche im 300-köpfigen Plenum ersterben, Flaschenbiere werden geräuschlos abgestellt und Patrick Wagner atmet tief in den Schmerz hinein. „Wir haben gut gelebt“, erzählt der 44-Jährige wehmütig und meint sich selbst. Abhängen mit Depeche Mode im Londoner Four Seasons Hotel, Business mit Sonic Youth im World Trade Center, Partys in der wilden Hauptstadt Berlin und Träume von internationaler Expansion. Wagner war mal Sänger der Punkband Surrogat und hat in den 1990er-Jahren das legendäre Berliner Label Kitty Yo mitgegründet. 2,5 Millionen

Mark Umsatz machte die Plattenfirma, als er und sein Geschäftspartner sich ihres GbR-Vertrags erinnerten. „Bei uns hatte sich noch nie jemand so wirklich um das Thema Buchhaltung gekümmert“, seufzt Wagner. Die Fallhöhe war markiert, es ging steil bergab.

Kitty Yo stirbt im Geldstreit der Gründer, die Band Surrogat löst sich auf, sein neues Label Louisville bringt Wagner 70.000 Euro Schulden und im Jahr 2011 die Insolvenz ein. Der digitale Wandel und der Niedergang der Plattenindustrie hatten den Zampano kalt erwischt. Mit dem Verkauf seines Mercedes 280 SLC Coupé fährt das schöne Leben davon. Die Familie bricht auseinander – und Wagner seinen Vortrag ab, den Tränen nahe. Scheitern ist kein Spaß, auch wenn



**„VIELE LEUTE TRAUEN
SICH AUS EINER
ANGST HERAUS NICHT,
MAL ETWAS NEUES ZU
VERSUCHEN.“
PATRICK WAGNER**

andere Redner an diesem Abend ihr weniger folgenreiches Versagen als Amüsierstück für ein johlendes Publikum inszenieren. Der hohe Unterhaltungswert hat die Fuckup Nights bekannt gemacht. Patrick Wagner hat die Veranstaltungsreihe zusammen mit Partnern 2014 nach Berlin gebracht – nicht als Comedy-club, sondern, um das Scheitern hierzulande endlich davon zu befreien, eine Schande zu sein. „Es gibt diese Lügenkultur in den sozialen Medien, in denen sich jeder nur von seiner besten Seite zeigen will“, sagt Wagner. „Aus der Angst heraus, dem selbst propagierten Anspruch nicht zu genügen, trauen sich viele Leute nicht mehr, etwas Neues zu versuchen.“ Die Attitüde, zu blenden, statt Verantwortung zu übernehmen nervt offenbar nicht nur den Alt-Punk, der ausgerechnet mit dem Loser-Slam zurück in die Erfolgsspur gefunden hat. Er schreibt an einem Buch, Titel: „Scheitern als Scheitern.“

Das Konzept der Fuckup Nights stammt ursprünglich aus Mexiko und hat sich innerhalb von knapp vier Jahren in weit über hundert Städten weltweit etabliert. Ohne falsche Scham und oft mit Humor wehren sich die Vortragenden gegen die gesellschaftliche Stigmatisierung ihrer Fehlleistung. Der große Zuspruch für das entwaffnend ehrliche Zugestehen von Schwäche ist auch in Berlin-Mitte keine kurzlebige Modeerscheinung: Zum einjährigen Jubiläum der Berliner Fuckup Nights

im Herbst 2015 eröffnet Brigitte Zypries die zehnte Veranstaltung. Und wie bei allen anderen Ausgaben bildete sich bereits lange vor Einlass eine lange Besucherschlange vor der Tür. Die Zalando-Gründer David Schneider und Robert Gentz berichteten dort, wie sie fast einmal den südamerikanischen Markt erobert hätten – und das dann aber doch nicht geklappt hat. Pech. Das Scheitern kann für den Betroffenen hässlich und schmerzhaft sein. Wie einen tiefen Schmiss könnten die Gestolperten ihre Botschaft an eine nicht selten vorschnell urteilende Jury von Mitmenschen formulieren: Doch immerhin wurde die Verletzung bei dem Versuch erlitten, etwas Eigenes auf die Beine zu stellen.

Die Kultur des Scheiterns fasst langsam Fuß

Auch in Düsseldorf, Köln oder Hamburg hat der Salon der verhinderten Macher längst seinen Platz im Veranstaltungskalender. In Frankfurt wurde im vergangenen Jahr nach Angabe der Organisatoren sogar die weltweit größte Fuckup Night auf die Beine gestellt. Die Kultur des Scheiterns scheint im Land der Perfektionisten, der geradlinigen Karriereplanungen und makellosen Erwerbsbiografien langsam Fuß zu fassen. Die mediale Aufmerksamkeit für das Phänomen des öffentlich vorgetragenen Fuckups ist groß. Gerade die besonders schlecht vorbereiteten Gründungen geben »

Fotos: Ryan McGuire; picture alliance/dpa



**MIT SEINER „WUTREDE“ IM
NRW-LANDTAG SPRACH
CHRISTIAN LINDNER VIELEN
GRÜNDERN HIERZULANDE
AUS DEM HERZEN.**

Stoff für amüsante Geschichten. Zahlreiche Ratgeberautoren sind auf den Zug aufgesprungen und haben ein neues Betätigungsfeld darin gefunden, Misserfolge als Chance für einen Neuanfang umzudeuten. Samuel Becketts Mantra feiert derzeit Konjunktur – vom Festivalmotto bis zum T-Shirt-Aufdruck: „Immer versucht. Immer gescheitert. Einerlei. Wieder versuchen. Wieder scheitern. Besser scheitern.“ Eine brauchbare Lebensmaxime lässt sich von dem Streben nach einem besseren Scheitern zwar nicht herleiten; Scheidungsrichter und Kapitalgeber werden das bezeugen. Für die Start-ups bedeutet die Relativierung des schambesetzten Makels dennoch eine Erleichterung. Laut Global Entrepreneurship Monitor gehört die Mehrheit der Deutschen zur Gruppe der Angsthasen, die aus Furcht vor dem Versagen (Fear of Failure) lieber auf eine Unternehmensgründung verzichtet.

Vorbehalte sterben langsam

Vorurteile gegenüber unternehmerischen Fehlversuchen sind hierzulande insbesondere in der klassischen Wirtschaft und in der Provinz tief verwurzelt. Auch in der Politik lebt das mit dem Scheitern verbundene Tabu fort. Das musste Christian Lindner im Januar 2015 bei einer Rede im Düsseldorfer Landtag feststellen. Ein Abgeordneter der SPD spottete per Zwischenruf über eine gescheiterte Unternehmensgründung Lindners in der Hochphase der New Economy. Lindner nahm den „dämlichen“ Vorwurf nicht hin.

Er knöpfte sich den Zwischenrufer als beispielhaften Vertreter einer zuvorderst auf Sicherheit bedachten Angestelltenkarriere vor. Seine „Wutrede“ wurde auf YouTube Hunderttausende Male geklickt. Denn der FDP-Vorsitzende sprach damit vielen Gründern aus dem Herzen, die den Schritt in die Selbstständigkeit wagen wollen, ohne im Fall des Versagens für den Rest ihres Lebens als Verlierer dazustehen. Auch zur Fuck-up Night ist Lindner gegangen – sogar schon dreimal, zuletzt an der Uni Frankfurt. Er nutzt bewusst die Gelegenheit, um dort über seine Zeit als Gründer zu sprechen und so ehemals Gescheiterten Mut zu machen. Gleichzeitig will er auf das gründerfeindliche Klima in Deutschland aufmerksam machen – angefangen von der überbordenden Bürokratie, die jedem Start-up das Leben schwer macht, bis hin zur fehlenden Scheiterkultur.

40 Prozent der Deutschen hegen Vorbehalte gegenüber Unternehmern, die schon einmal gescheitert sind, ergab eine aktuelle Studie der Universität Hohenheim. Allerdings bewertete der jüngere Teil der Befragten bis 29 Jahre unternehmerische Fehlleistungen deutlich positiver als die über 60-Jährigen. Laut des „Start-up-Monitors“ des Bundesverbands Deutsche Startups schätzten 2014 über zwei Drittel von rund 900 befragten Unternehmern die Toleranz der Gesellschaft gegenüber dem Scheitern als niedrig ein. Bei der im Herbst 2015 veröffentlichten Studie waren

noch gerade drei Prozent der über 1.000 Befragten dieser Ansicht.

Die positive Entwicklung im Kulturkampf gegen Zauderei und Bedenkenträgertum hat auch mit der Orientierung des Tech-Standorts Deutschland am Vorbild Silicon Valley zu tun. Dort legen Unternehmer seit Jahren Pleiten in Serie hin – und keiner findet das peinlich. Männer wie Max Levchin etwa, von dem ein Zitat stammt, das in Gründerkreisen fast Kultstatus genießt: „Das erste Unternehmen, das ich gegründet habe, ist mit einem großen Knall gescheitert. Das zweite Unternehmen ist ein bisschen weniger schlimm gescheitert, aber immer noch gescheitert. Und wissen Sie, das dritte Unternehmen ist auch anständig gescheitert, aber das war irgendwie okay. Ich habe mich rasch erholt und das vierte Unternehmen überlebte bereits. Es war keine großartige Geschichte, aber es funktionierte. Nummer fünf war dann PayPal.“ Der Mitgründer des Online-Bezahldienstes nahm für den Verkauf seiner Anteile an Ebay 1,5 Milliarden Dollar ein.

Applaus für die Verlierer

Bernd Plickert war schon mal mehrfacher Millionär. Die Geschichte seines kolossalen Fuckups stammt aus einer Zeit, als die Internetbranche in Deutschland noch jung war. Auf dem Podium stehend kramt er die Fotokopie eines Kontoauszugs aus dem Jahr 1998 hervor. Eine Summe von fast 20 Millionen Mark steht in dem Feld, das den Kontostand angibt, und ein S am Ende der Zahlenreihe. Den jungen Zuhörern der Fuckup Night erzählt der 70-Jährige von Aufstieg und Fall seines Glaserei-Imperiums. Im Alter von 30 Jahren war er Millionär, die *Bild-Zeitung* berichtete unter der Überschrift „Und täglich bringen ihm Scherben Glück“ über das Berliner Unternehmen. Für 100.000 Mark schaltete er Anzeigen auf der Frontseite des Telefonbuchs. „Damals bedeutete das noch was“, betont Plickert. Er warb mit Franz Beckenbauer, war gern gesehener Gast in der Westberliner Gesellschaft und konnte sich jedes Jahr nach den Krawallen zum 1. Mai über prallvolle Auftragsbücher freuen. Große Villa im Grunewald, drei Luxusautos, eine schöne Frau – der Glaskönig hatte alles, nur keine Ahnung vom Immobiliengeschäft.

Er übernahm sich, vertraute den falschen Partnern und investierte in ein Bauprojekt, das nie realisiert wurde. „Leihen Sie sich nie so viel Geld, wie Sie

können“, warnt Plickert das Publikum. Aus purer Scham über das Scheitern zog sich der Selfmade-Unternehmer in die depressive Isolation einer Ein-Zimmer-Wohnung zurück. Ein Insolvenzverfahren hat er bis heute nicht eingeleitet. Die Besucher werden Zeuge einer Befreiung und nehmen Plickert mit Beifall eine Art Lebensbeichte ab.

Eine andere Geschichte ist die von Tino und Toni Weidt. Als die beiden Jungunternehmer in einer anderen Nacht die Bühne betraten und ihre Horrorstory erzählten, steckten sie noch mitten im Fuckup. Zusammen mit einem Geschäftspartner eröffneten die beiden Ende 2014 auf über 200 Quadratmetern Fläche ein Geschäft im Alexa, einem der meistfrequentierten Berliner Einkaufszentren, das direkt am Alexanderplatz liegt. Das bedeutete 19.000 Euro Miete pro Monat. „Wir sind gleich groß gestartet und waren bereit, reich zu werden“, erzählt Tino launig. Die Wirtschaftsstudenten hatten einen Businessplan, eine Eigenkapitalquote von über 50 Prozent und grünes Licht von ihrer Hausbank. Das Geschäftskonzept: individuelle 3-D-Figuren, die nach einem Ganzkörperscan des Kunden fotorealistisch ausgedruckt werden. Die Technik hatten sie bei einer Japanreise entdeckt und wollten mit ihrer Firma den deutschen Markt aufrollen.

Doch der Lieferant des Hightech-Druckers machte Probleme und konnte nicht pünktlich liefern. Ihr Umsatzziel von 160.000 Euro pro Woche in der Vorweihnachtszeit rückte in weite Ferne. Mit einem schlechteren Drucker bedienten sie zumindest einige Kunden, doch die Nachbearbeitung verursachte hohe Kosten. Der Nettoumsatz brachte nicht mal die Miete ein. Weil sie zu viel Eigenmittel hatten, kamen sie für Förderangebote nicht infrage. Zwei Monate später war das Druckerproblem weiter ungelöst und die Weidts mussten vorläufige Insolvenz beantragen. „Das war emotional scheiße“, sagt Tino ganz ohne Witz.

Mittlerweile haben die Brüder zusammen mit ihren Kompagnons ein Ladengeschäft in einer weniger exponierten Lage nahe dem Spittelmarkt eröffnet – gleich neben dem Jobcenter Berlin-Mitte. Immerhin: Der Drucker funktioniert jetzt. ●



RALF KALSCHOUR traf Bernd Plickert Wochen nach seinem Bühnenauftritt in Spandau. Er war bei Freunden untergekommen und schmiedete Pläne für ein neues Unternehmen. Es hat mit Glas zu tun. Der Autor aus Berlin wertete es als gutes Zeichen, dass Plickert ihn aufforderte, in einem weiteren Text seine Geschäftsidee zu promoten. redaktion@libmag.de



Alles auf Anfang

Claudia Metze arbeitete mit gutem Gehalt als angestellte Zahnarzthelferin. Eines Tages beschloss sie zu tun, wovon sie schon lange träumte: ein eigenes Café aufzumachen. Immer häufiger wagen Menschen in ihrer Lebensmitte einen Neustart. Der Manager, der mit 45 Professor wird, ebenso wie die IT-Expertin, die mit Ende 30 eine Winzerausbildung beginnt.

// TEXT // **KAPKA TODOROVA** // ILLUSTRATION // **ERNST MERHEIM**

Das Café „Lotte Jacob“ liegt in einer ruhigen Gasse nicht weit von der S-Bahn-Station Berlin-Friedenau entfernt. Claudia Metze backt schon seit ein paar Stunden ihre Kuchen. Der Duft zieht bis auf die Straße. Bald werden die ersten Gäste kommen. Die meisten besuchen die gemütliche Kaffeestube regelmäßig. Im Kiez hat sich herumgesprochen, dass die Betreiberin schmackhaftes, nach alten oder eigenen Rezepten zubereitetes Gebäck feilbietet.

Claudia Metze ist leidenschaftliche Kuchenbäckerin. Das war sie schon immer. Doch bevor sie ihr Hobby zum Beruf machte, arbeitete sie 25 Jahre lang als Zahnarzthelferin. Mit 16 hat die gebürtige Berlinerin die Ausbildung absolviert und danach sofort einen Job gefunden. „Ich mochte meinen Beruf. Bevor ich aufhörte, habe ich 15 Jahre lang in derselben Praxis gearbeitet, und alles lief gut.“ Den Gedanken, bis zur Rente immer so weiterzumachen, empfand Metze aber zunehmend als bedrückend. Sie wollte unbedingt etwas anderes ausprobieren. „Und dann war da die ganze Zeit dieser Traum, ein eigenes Café zu haben“, erzählt sie hinter der Theke stehend. Zeit zum Hinsetzen hat sie nicht.

Vier Jahre sind vergangen, seitdem Metze ihren Laden aufgemacht hat: Im Jahr 2011 fand sie ein Kiezcafé, das zum Verkauf steht. Am 1. Oktober eröffnete sie das nach ihrer Großmutter benannte „Lotte Jakob“. Seitdem stand die 46-Jährige jeden Tag um acht Uhr auf und backt. Mittlerweile kann sie entspannt sagen: „Es läuft. Es ist immer noch anstrengend, aber es war die richtige Entscheidung.“ Natürlich gab es auch ein paar schlaflose Nächte in den vergangenen Jahren, besonders als der Mindestlohn eingeführt wurde. „Für kleine Unternehmen wie meins stellt der Mindestlohn eine enorme Herausforderung dar. Da musste ich schon lange hin und her rechnen“, erklärt die Unternehmerin die Schattenseiten ihrer gewählten Selbstständigkeit. Sie will ihre Leute ordentlich bezahlen, weiß aber, dass sie das Geld zunächst erwirtschaften muss. „Ich habe lange überlegt, ob und wie ich weitermachen kann“, gibt sie zu. Bei Claudia Metze arbeiten vier Aushilfsstudentinnen und sie plant die Arbeitsstunden so, dass das Geschäft weiterlaufen kann. Einfach aufgeben will sie nicht.

Zehn Jahre lang immerhin hatte Metze auf ihr Café gespart, drei Jahre lang alles sorgfältig geplant: Jeden Abend kocht und backt sie zu Hause, probiert viele

Rezepte aus. An den Wochenenden besucht sie Kurse in Konditoreien. Als sich Metze schließlich bereit fühlt, kündigt sie ihren Job und macht sich auf die Suche nach dem eigenen Laden. Nur drei Wochen später unterschreibt sie den Vertrag: 45 Quadratmeter, einige Tische, eine Kaffeemaschine und ein Backofen – alles gehört ihr. Das Konzept meistert sie aber nicht ohne professionelle Hilfe. Claudia Metze stellt sich eine Berufsfindungsexpertin zur Seite.

Uta Glaubitz berät Leute, die sich beruflich neu erfinden wollen. Die meisten ihrer Kunden sind Mitte 30, manche auch Mitte 40. Unabhängig vom Alter kann jeder neu starten und Erfolg haben, ist die Beraterin überzeugt. Zumindest, wenn man realistisch bleibt. „Wer mit 40 Polizist werden möchte, hat sich definitiv verspätet“, sagt Glaubitz. „Außerdem traut sich nicht jeder. Die meisten Unzufriedenen brüten lieber Depressionen aus“, weiß die Berufsfindungsexpertin, die seit 20 Jahren Menschen hilft, die wagen, ihren Traumjob zu leben.

Denn so einfach es auch klingen mag – in der Praxis ist der Sprung in eine neue Berufswelt alles andere als leicht. Vielen fehlt es an der notwendigen

Portion Mut. Denn jede Unternehmung kann schließlich scheitern, und die Furcht davor bremst viele potenzielle deutsche Gründer aus.

Laut KfW-Gründungsmonitor gibt jedes dritte Start-up binnen der ersten drei Jahre auf. Viele Gründungswilige fürchten sich so sehr vor dem Scheitern, dass sie gar nicht erst wagen, es mit der Selbstständigkeit zu versuchen. Auf der anderen Seite treibt nicht wenige Gründer der Mut der Verzweiflung; nicht selten sind es Menschen, die Angst vor Arbeitslosigkeit haben oder nach längerer Pause keinen anderen Weg sehen, wieder ins Berufsleben einzusteigen. Überproportional vertreten sind laut einer Studie des Bundeswirtschaftsministeriums Frauen und Migranten. Dass es im internationalen Vergleich relativ wenige Deutsche wagen zu gründen, liegt nicht zuletzt an einer fehlenden Kultur des Scheiterns. Während sich in Gründerländern wie den USA Unternehmer »

**JEDES UNTERNEHMEN
KANN SCHEITERN, UND DIE
FURCHT DAVOR BREMST
VIELE POTENZIELLE DEUTSCHE
GRÜNDER AUS.**



mit ihren Pleiten schmücken und als zäh und ideenreich gelten, wenn sie es nach einer Insolvenz erneut versuchen, sind Bankrotteure in Deutschland gesellschaftlich gebrandmarkt.

2014 gab es nach Angaben des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (IfM)

309.000 Existenzgründungen. Diesen Gründungen standen 348.000 Liquidationen gegenüber. Daraus ergibt sich ein negativer Gründungssaldo von 39.000. Überraschend ist das nicht, denn am häufigsten von Insolvenz betroffen sind Kleinstunternehmen. Im ersten Halbjahr des Jahres 2015 wurden in Deutschland 11.100 Unternehmensinsolvenzen registriert. Ein Viertel (25,8 Prozent) erzielte zuletzt einen Jahresumsatz von maximal 100.000 Euro. Bei weiteren 22 Prozent der betroffenen Unternehmen betrug der Jahresumsatz nicht mehr als 250.000 Euro. In den insolventen Unternehmen waren zudem mehrheitlich maximal fünf Mitarbeiter beschäftigt. Doch nicht allein die Angst vor einer möglichen Pleite bremst deutsche Gründer aus, auch die überbordende Bürokratie wirkt wie ein Mühlstein um den Hals der Start-ups.

Einer Studie der Weltbank zufolge braucht ein Unternehmer in Australien oder Kanada nur zwei Formulare und zwei Tage, um eine Firma zu gründen. In Deutschland aber dauert die Geburt mindestens 45 Tage. In dieser Zeit muss der zukünftige Gründer neun unterschiedliche Behörden aufsuchen und eine unübersehbare Menge juristischer Details beachten. Handelskammern führen inzwischen Listen mit allen Gesetzen, die es Unternehmern schwer machen. Die sogenannte „Giftliste“ zählt insgesamt 38 Punkte auf – vom Mindestlohn bis zur Frauenquote. Die Belastungen steigen seit Jahren. Ein Ende ist nicht in Sicht.

Trotz all dieser Hürden hat die Berufsfindungsexpertin Glaubitz nicht wenige Erfolgsbeispiele in ihrer Klientenkartei. Claudia Metze ist nur eines davon, auch andere haben es mit Glaubitz' Hilfe geschafft: etwa Maike Brunk aus Hamburg, die von einer Softwarevertreterin auf Elbtour-Managerin umsattelte. Oder Heide Kuhlmann aus Köln, die ihre Redaktion gegen einen Wald austauschte und sich zur Försterin umqualifizierte. Was sind die Beweggründe, den Job zu schmeißen und sich komplett neu zu erfinden? Das beantwortet Uta Glaubitz knapp und klar: „Die das machen, sind nicht oder nicht mehr glücklich mit ihrem Beruf.“

Im Jahr 2013 gaben 1,3 Prozent der Teilnehmer einer repräsentativen Wiederholungsbefragung im Auftrag des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) an, dass sie ganz und gar unzufrieden mit ihrer Arbeit sind. Und Unzufriedenheit im Beruf kann schnell zu einer Depression führen. Mid-Career Crisis nennt man diese Lebensphase in den USA. Sie tritt im Alter zwischen 35 und 45 Jahren in Erscheinung. Genau das Alter, in dem die Menschen, die eine zweite Karriere planen, den Schritt wagen.

„Midlife-CareerCrisis ist keine klinische Erkrankung“, erklärt die psychologische Beraterin Heike Gloss aus Dortmund. Trotzdem wachse die Zahl der Dreißigjährigen, die sich unwohl mit ihrer Berufswahl fühlten. Mit Mitte 40 trafen manche von ihnen die Entscheidung, neu zu starten. Warum ausgerechnet dann? Die Psychologin kennt die Antwort. „In diesem Alter beginnen viele Menschen, über ihre eigene Sterblichkeit nachzudenken, und fragen sich, ob die Arbeit ihrem Leben Sinn verleiht.“ Wenn sie keine vernünftige Antwort fänden, lauere die Krise auf sie. „Viele Menschen in diesem Alter wagen einen großen Wechsel in ihrem Leben“, sagt Gloss. Die Menschen lebten immer länger und müssten auch immer länger arbeiten. Da sei normal, den Job einmal oder sogar öfter zu wechseln, deutet die Expertin

das Phänomen. „Die wenigsten schaffen es, 50 Jahre im selben Beruf zu bleiben.“ Nicht alle, die aufgrund ihres Jobs verunsichert, ausgebrannt oder einfach gelangweilt sind, müssen sich aber völlig neu orientieren. Die Abteilung zu wechseln oder sich weiterzuqualifizieren reicht manchmal aus.

Unzufriedenheit ist aber meist nicht der einzige Antrieb, einen beruflichen Neustart zu versuchen. „Vor allem Akademikern ist es häufig wichtig, mehr Selbstständigkeit zu erlangen und neue Akzente in der Berufsentwicklung zu setzen“, erklärt Gloss. Dies gelte insbesondere für jene, die eine sogenannte Schornsteinkarriere – von der Basis bis zur Spitze im selben Unternehmen – absolviert haben. Studien belegen, dass in der Bevölkerungsgruppe der Hochqualifizierten ein gestiegenes Selbstvertrauen zu verzeichnen ist, den neuen beruflichen Start auch wirklich umzusetzen. Zudem mindere die relativ entspannte Lage auf dem Arbeitsmarkt die mit dem Sprung ins Neuland verbundenen Ängste. Eine zweite Karriere kann überdies die Chancen bei Arbeitgebern steigern: Heutzutage werden Erfahrungen in den unterschiedlichsten Bereichen hoch geschätzt. Zusätzlich verbessert sich oft die Lebensqualität – sogar, wenn der Start ins zweite Berufsleben mit einer schwierigen Entscheidung verbunden ist wie zum Beispiel, freiwillig eine gute Stellung aufzugeben.

Auf die Managerposition zu verzichten und Hochschulprofessor zu werden, war die Wahl von Sascha Dawo. 15 Jahre lang war der 45-jährige Wirtschaftsexperte im mittleren und oberen Management von Großkonzernen beschäftigt. Von Saarbrücken über Bonn und Jena nach Berlin – mehrfach musste seine Familie der Karriere wegen den Wohnort wechseln. Nun soll es auf Dauer Berlin sein: Seit vergangenem Herbst unterrichtet Dawo als Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. Einige Jahre hatte er über diesen Wechsel nachgedacht. Als seine ältere Tochter ins schulpflichtige Alter kam, entschloss er sich. „Ich wollte meinen Kindern den Stress häufiger Schulwechsel ersparen. Zudem war es mir wichtig, wieder wissenschaftlich zu arbeiten und selbst entscheiden zu können, wo ich die Schwerpunkte meiner Arbeit setze.“

Die akademische Karriere bedeutet für Dawo mehr Freiheit – und die ist ihm wichtig. Er unterrichtet Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Rechnungswesen und Controlling. Die Möglichkeit, die Studierenden an seiner langjährigen praktischen Erfahrung teilhaben zu lassen, bereitet ihm große Freude. Die Entscheidung war für ihn ohne Zweifel richtig, obwohl er erst vor wenigen Wochen mit seinen Vorlesungen begonnen hat. „Es bereitet mir nicht nur viel Spaß, mit den Studierenden zu arbeiten

und ihnen mein Wissen weiterzugeben, ich kann mich auch selbst weiterentwickeln“, sagt er. Wieder als Berater tätig zu sein, kann sich der frischgebackene Professor zwar durchaus vorstellen, aber die Hochschule soll seine Priorität bleiben.

Der Weg in die Freiheit führt manchmal auch von der Großstadt ins Dorf. Wie im Fall von Frauke Lehmann aus Köln. Jahrelang arbeitete sie als Software-Entwicklerin bei einem internationalen Konzern in Frankfurt, bis sie sich entschied, in die Schweiz auszuwandern. Der Hauptgrund war ihr Freund, der dort wohnt. Aber statt sich als IT-Expertin zu bewerben, startete Frauke etwas völlig Neues: eine Ausbildung zur Winzerin. Eigenen Wein anzubauen, im Freien zu arbeiten, Kontakt zur Natur zu haben – das war Fraukes Fantasie an den stressigen Tagen ihres früheren Arbeitslebens. Langsam erwuchs aus dieser Fantasie ein handfester Plan. Jahrelang wälzte die 38-Jährige das Für und Wider einer beruflichen

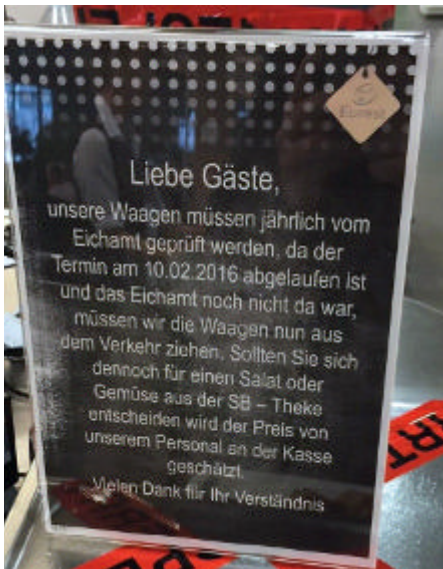
Kehrtwende, rechnete und ließ sich beraten: „Als ITlerin wusste ich, dass ich bald in die Beratung würde wechseln müssen. Immer am Ball zu bleiben ist in meiner Branche sehr anstrengend, irgendwann überholen dich die Jüngeren. Dann dachte ich: Wenn schon Management, warum nicht mein eigenes?“ Die Familie ihres Lebenspartners besitzt ein kleines Weingut und freut sich, dass dank der Entscheidung von Frauke Lehmann das Geschäft weiter in der Familie bleiben kann. „Am Rechner kann ich weiterhin sitzen und kleinere Sachen machen. Aber nur, wenn mir das Spaß macht“, sagt die IT-Expertin.

Auch wenn Gründen in Deutschland nach wie vor schwierig ist, sind es zunehmend Menschen im mittleren Alter, die genug Lebens- und Berufserfahrung und nicht zuletzt auch das Startkapital mitbringen, sich in das Abenteuer Gründung zu stürzen. Die Gruppe der 35- bis 44-Jährigen ist nach Angaben des Onlinestatistikportals Statista mit 24,1 Prozent die zweitgrößte unter den Neugründern im Jahr 2014. Die körperliche und geistige Fitness der heutigen Generationen macht allerdings den Neustart in jedem Alter möglich. Der Arbeitsmarkt ist offener und flexibler geworden, und da die Nachfrage nach unternehmensnahen Dienstleistungen seit Jahren stark wächst, eröffnen sich für Existenzgründer in spe und für Menschen, die ab 40 eine zweite Karriere wagen, viele Perspektiven. Zu spät ist es nie. ●

VOR ALLEM AKADEMIKERN IST ES HÄUFIG WICHTIG, MEHR SELBSTSTÄNDIGKEIT ZU ERLANGEN UND NEUE AKZENTE IN DER BERUFSENTWICKLUNG ZU SETZEN.



KAPKA TODOROVA
Kapka Todorova ist 41 Jahre alt und arbeitet seit 15 Jahren als Journalistin. Sie überlegt immer öfter, dem Rat ihrer Mutter zu folgen und endlich mal „etwas Richtiges zu arbeiten“. Deswegen hat sie auch im Eigeninteresse recherchiert, ob der Sprung in eine neue Berufswelt auch mit über 40 noch möglich ist.
redaktion@libmag.de



FEHLEINSCHÄTZUNG

Die Einführung eines staatlichen Mess- und Eichwesens ist ein Stück Verbraucherschutz aus einer Zeit, als noch niemand dieses Wort kannte. Schon die Babylonier wussten es zu verhindern, dass Händler durch Tuning an der Waage ihre Kunden übervorteilten. Preußen führte Ende des 18. Jahrhunderts entsprechende Regelungen ein. Dieses Fundstück aus einer Kantine wirft die Frage auf: Wenn die fällige Eichung versäumt wurde – darf man dann, wie hier, als Verkäufer auf das System „Pi mal Daumen“ umsteigen? Natürlich nicht, wie uns das Landesamt für Mess- und Eichwesen Berlin-Brandenburg versicherte. Die zulässige Alternative wäre gewesen, Salat und Gemüse portionsweise zu verkaufen. Schätzen geht gar nicht.

Geschlossene Anstalt!

// TEXT // **DAVID HARNASCH**

// ILLUSTRATION // **ERNST MERHEIM**

Es kommt gelegentlich vor, dass jemand Bargeld findet – und dem Fundbüro oder der Polizei übergibt. Auch Flüchtlinge wurden bereits mehrfach als ehrliche Finder gemeldet. Besonders Fans der AfD teilen in den sozialen Medien gerne jede Meldung über Bargeldfunde durch Flüchtlinge – stets kommentiert mit Häme und dem Hinweis auf die „Pinocchiopresse“ –, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Der Flüchtling als ehrlicher Finder? Das muss ein Konstrukt der Lügenpresse sein, vor allem, wenn es mehrfach gemeldet wird.

Jede Menge Leute tragen vier- und fünfstellende Beträge mit sich herum. Manchmal aus demselben Grund, aus dem die Regierung Bargeldobergrenzen erwägt: Schattenwirtschaft aufgrund grotesk hoher Steuer- und Abgabenlast. Und manchmal, weil ein Gebrauchtwagen bar zu zahlen ist oder ein bei Ebay erstiegener Schrank. Einige davon verlieren solche Summen – so wie der Wolfsburger Fußballprofi Max Kruse 75.000 Euro in einem Taxi vergaß.

Wenn größere Summen ehrlich abgegeben werden, ist das per se eine Meldung wert: „Mann beißt Hund“ ist eine Meldung, „Hund beißt Mann“ ist keine. Die Regel ist, dass verlorenes Bargeld nie wieder auftaucht. Fundbüros unterhalten keine Pressesprecher, Polizeipräsidien durchaus. Die mit Öffentlichkeitsarbeit befassten Polizisten sind aus guten Gründen daran interessiert, Beispiele für zivilgesellschaftliches Engagement bekannt zu machen. Kein Syrer oder Afghane hat das Wort „Fundbüro“ je gehört, die deutsche Polizei hingegen kennen alle Syrer und Afghanen von ihrer Einreise als eine erstaunlich freundliche Repräsentation der Staatsmacht. Wenn plötzlich zehnmal mehr Menschen einer Bevölkerungsgruppe im Land sind als im Jahr zuvor, sind sie statistisch gesehen logischerweise auch zehnfach öfter unter der Gruppe der ehrlichen Finder vertreten. Die lokalen Medien nehmen solche Meldungen gerne auf. Fremdenfeinde teilen solche Meldungen dann in den sozialen Medien, wo sie bundesweit mit anderen Fremdenfeinden vernetzt sind.



Der Facebook-Algorithmus lernt, dass diese lokalen Meldungen überregional Interesse erwecken, und spült sie auch Journalisten in den Feed, die für bundesweite Medien tätig sind. So findet sich die Geschichte aus einem Provinzblättchen dann bei *welt.de* oder *Spiegel Online* wieder. Das nehmen Pegida-Fans dann als Beleg für eine konzertierte Aktion der Propagandapresse. Da sie außerdem eher selten auf das Datum einer Meldung achten, wabern auch alte Berichte über Monate hinweg immer wieder durch die Netzwerke. Diese dauernden Wiederholungen führen dazu, dass die beklagte Übermäßigkeit derartiger Berichterstattung in diesen Filterbubbles noch wesentlich massiver aussieht als bei den seriösen Medien, die ursprünglich zitiert wurden. Da der Wutbürger die sozialen den seriösen Medien vorzieht, weiß er nicht mal, wie diese berichten – was es für ihn umso einfacher macht, sie als Propagandaorgane abzutun. ●

Foto: FNE



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Vorstandsmitglied Friedrich-Naumann-Stiftung

für die Freiheit

Digitale Freiheit

braucht Engagement

Vorratsdatenspeicherung, NSA, breit angelegte Sammlungen privater Daten bei Behörden und Unternehmen – die Freiheit der Bürger in der digitalen Welt wird durch Überwachung und Datenausbeutung stranguliert.

Deshalb hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit www.freiheit-digital.de eine neue Informationsplattform ins Netz gestellt. Sie weist den Weg zu einem Internet, in dem Privatsphäre, Selbstbestimmung und Datenschutz zählen.



freiheit-digital.de



Es geht doch!

// TEXT // WOLFGANG GERHARDT

Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, allgemeinen Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als die Deutschen je zuvor in ihrer Geschichte erreichen konnten.

An entscheidenden Wendepunkten in der Geschichte der Bundesrepublik war es die FDP, die für soziale Marktwirtschaft, für gute Nachbarschaft zu mittel- und osteuropäischen Nachbarn durch eine neue Deutschlandpolitik, schließlich für einen Aufbruch mit dem Bürgerrecht auf Bildung eintrat und das Land nach vorne brachte.

Dass viele Kurzdenker in der Wahlnacht 2013 das Ausscheiden der FDP aus dem Deutschen Bundestag geradezu bejubelten, konnte einen fassungslos ob ihrer Geschichtslosigkeit machen. Nach den Wahlen in Hamburg, Bremen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, aber auch nach der Kommunalwahl in Hessen wird man jetzt sicher einigen begegnen, die treuherzig behaupten, sie hätten an solchen Veranstaltungen nicht teilgenommen und schon immer gewusst, dass die FDP noch gebraucht werde.

Die FDP hat seit der letzten Bundestagswahl ein gutes Stück Weg zurückgelegt. Sie hat ihn mit der Wahl einer erfolgversprechenden neuen Führungsspitze unter Christian Lindner begonnen. Der Politik der Großen Koalition hat sie eine knappe und präzise konzeptionelle Alternative in den Feldern nachhaltige Staatsfinanzen, verlässliche Systeme sozialer Sicherung, dynamischer Arbeitsmarkt, Schutz der Privatsphäre und Bürgerrechte, Chancengerechtigkeit durch Bildung, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation gegenübergestellt.

Der Kurs war klar, die Personen an der Spitze der FDP standen hinter ihm, und die liberale Familie bewegte sich und hat Zeichen

gesetzt. Ehe sich jetzt alle wieder die parlamentarische Arbeit, die Anträge, viele Parteitage und Vorstandsarbeit vornehmen, sollten Liberale wissen, dass die eigene Markenpflege auch weiter äußerst wichtig ist. Nicht jede und jeder liest gerne und mit Genuss die gedruckte Bleiwüste von Parteiprogrammen. Diese braucht eine Partei, aber sie darf sich in ihnen nicht verlieren.

Liberale sollten sich nicht dafür entschuldigen, dass sie keine Patentrezepte anbieten. Sie sind keine politische Apotheke. Und sie sollten auch nicht im Getümmel der Betreuer und Bevormunder stehen. Linke wie Rechte versuchen sich an dieser Aufgabe. Linke wollen eine Verbesserung der Verhältnisse durch Abschaffung des Marktes. Auf der rechten Seite glaubt man, den Beschleunigungsverhältnissen der Zeit durch ethnisch-kulturelle Abschottung zu entkommen. Die Ergebnisse solcher Politik können weltweit beobachtet werden. Entweder enden sie in Armut oder in Unterdrückung und in manchen Fällen führen sie zu beidem. Liberale sind Gegner der Entwicklung von solchen Fluchtbürgen. Nur wer offen dafür ist, dass

Liberale sollten sich nicht dafür
entschuldigen, dass sie keine
Patentrezepte anbieten. Sie sind
keine politische Apotheke.

auch alles ganz anders kommen kann, ist in der Lage, Chancen zu nutzen und das zu bewahren, was ihm wirklich wichtig ist. Der Moralphilosoph Otfried Höffe identifiziert für unsere Gesellschaftsform fünf Dimensionen von Werten:

- **Erstens** wollen die Menschen in liberalen Demokratien zunächst überleben. Die entsprechende Wirtschafts- und Arbeitswelt begründet folglich die erste, die ökonomische Dimension von Werten. Dazu gehören Arbeitswille, Leistungsbereitschaft, Kooperationsfähigkeit, Sensibilität sowie Kreativität und vorab die Bereitschaft, eine Berufskompetenz sowohl zu erwerben als auch fortzubilden. Das alles ist Dahrendorfs Tugendkatalog der Freiheit: Lernen und individuelle Mühe. Für die FDP ist es ökonomische Kompetenz und Bereitschaft zur persönlichen Verantwortung.
- **Zweitens** erkennen alle Gesellschaften eine politisch-soziale Wertedimension an. Eine Rechtsordnung, die auf den Menschenrechten gründet, ersetzt eine willkürliche Konfliktlösung. Ich nenne das Zivilisiertheit. Wir sind das, was wir tun. Vor allem aber sind wir gerade das, was wir nicht tun. Das gilt für Liberale ganz besonders. Deshalb sind auch nicht alle liberal, die das so gerne von sich behaupten.
- **Drittens** haben die Bürger das Recht, nach eigenem Wunsch und Willen ihr Glück zu suchen. Werte sind Besonnenheit, Kritikfähigkeit, Klugheit, Welt- und Selbstvertrauen, Selbst- und Fremdach-tung sowie Kooperationsfähigkeit. Ich nenne das die Fähigkeit, seine eigene Biografie zu schreiben und dabei immer auch ein Auge für die anderen zu haben.
- **Viertens** findet eine Gesellschaft ihren Zusammenhalt über ihre Sprache, über Wissenschaft und Philosophie sowie nicht zuletzt

über Musik, Kunst und Architektur. In einer funktionierenden Bürgergesellschaft spielt auch die (staats)bürgerliche Freundschaft eine wichtige Rolle. Ich nenne das Lebensart.

- **Fünftens** stehen im Zeitalter der Globalisierung kosmopolitische beziehungsweise Weltbürgerwerte im Vordergrund, die zu einer entsprechenden globalen Rechts- und Friedensordnung führen. Ich nenne das Balance von Macht und Moral, von Verantwortung und Interesse, von nationalem Handlungsspielraum und globalen Verpflichtungen. Das war die Außenpolitik von Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Klaus Kinkel und Guido Westerwelle. Sie hat Deutschland gutgetan und seine internationale Visitenkarte ausgemacht.

Liberalismus ist deshalb auch mehr als ein parteipolitisches Programm, und Nachhaltigkeit sollte über das Ökologische hinausgehen. Liberalismus ist eine Haltung. Für eine offene Gesellschaft mit selbstbestimmter Lebensform in Respekt gegenüber anderen. Es wird darauf ankommen, sie überzeugend zu vertreten und mit ihr das gesellschaftliche Klima zu prägen. Denn es geht am Ende um die Festigung der soziokulturellen Grundlagen unserer freiheitlichen Gesellschaft, auch sie müssen nachhaltig gestaltet werden und nicht nur der deutsche Wald. ●



DR. WOLFGANG GERHARDT
ist Vorsitzender des Vorstands
der Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit und
Herausgeber von *liberal*.
redaktion@libmag.de



„WER DAS BARGELD ABSCHAFFT,
SCHAFFT DIE FREIHEIT AB.“

HANS MAGNUS ENZENSBERGER

Nur Bares ist Wahres“ – der Spruch hat in Deutschland Gültigkeit. 80 Prozent aller Einkäufe werden bar abgewickelt. Legt man das gesamte Umsatzvolumen zugrunde, liegt die Barquote immer noch bei gut 50 Prozent – trotz EC-, Geld- und Kreditkarte.

Gleichwohl wollen uns Banker, Ökonomie-Professoren und andere Weltverbesserer das Bargeld wegnehmen. Für sie sind Münzen und Scheine angesichts der technischen Möglichkeiten ein Anachronismus. Vor allem glauben die Bargeld-Gegner, wenn jede Zahlung über ein Konto laufe, würden Schwarzarbeit und Drogenhandel ausgetrocknet. Die Abschaffung des Bargelds wird zur Kriegserklärung an Kriminelle, Steuerhinterzieher und Terroristen.

Die „No-Cash-Fraktion“ hat in einem Punkt recht: Nach dem Prinzip „Cash in de Täsch“, wie es im Rheinland heißt, lassen sich Recht und Gesetz leichter umgehen. Nur sollte man die Fantasie der Menschen nicht unterschätzen. Man kann die nicht angemeldete Putzfrau auch mit Lebensmitteln bezahlen und den auf die Rechnung „verzichtenden“ Handwerker mit einem neuen Handy. Goldmünzen wären ebenso wie Einkaufsgutscheine als Neben-Währung geeignet.

Doch abgesehen davon, dass auch eine bargeldlose Welt keine heile Welt wäre, führte der Zwang zur elektronischen Zahlung zur Totalüberwachung. Da

bleibt keine mit Geld verbundene Handlung mehr geheim: Die Mutter kann dem Sohn keinen Hunderter zustecken, ohne dass der Vater es merkt. Und die Ehefrau sieht auf dem Kontoauszug, wie teuer der letzte Kneipenbummel ihres Göttergatten war. Jede Bank weiß, wo ihre Kunden einkaufen und was sie einkaufen. Auch dem Staat wird die Überwachung leicht gemacht – eine abschreckende Vorstellung.

Die größten Nutznießer wären die Finanzinstitute. Wenn alles Geld auf der Bank liegen muss, brauchen sie sich weniger bei der Zentralbank zu leihen und sparen Zinsen. Wollen die Banken aber das Sparen mit Negativzinsen bestrafen, kann man sich nicht mehr dagegen wehren, indem man einen Teil unter die Matratze legt.

Geld ist, wie Dostojewski treffend formulierte, „geprägte Freiheit“. Deshalb ist das Bare das einzig Wahre.

Mehr Freiheitszitate: www.freiheit.org/zitate



Hugo Müller-Vogg, Journalist und Buchautor, bekennender Neoliberaler im Sinne der „Freiburger Schule“. www.hugo-mueller-vogg.de
redaktion@libmag.de

Foto: Wikipedia; privat



„LIBERAL IST
DAS MAGAZIN
FÜR SELBSTDENKER.
ES BEKENNT SICH ZU
FREIHEIT, FAIRNESS
UND FORTSCHRITT.“

WOLFGANG GERHARDT

Herausgeber liberal

liberal bittet Freigeister wie
Vince Ebert, Jan Fleisch-
hauer, Wladimir Kaminer,
Necla Kelek, Harald Marten-
stein, Terry Pratchett, Christian
Ulmen und Wolfram Weimer
in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein
„intelligentes und mit spitzer
Feder geschriebenes,
exquisites Magazin“.

liberal wird herausgegeben von
der Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit.

liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT

Kostenfrei abonnieren

BESTELLUNG AN: *liberal*-Aboservice
Dienstleistungen COMDOK GmbH
Eifelstraße 14 • 53757 Sankt Augustin
per Fax: +49 (0) 2241/34 91 11 | per E-Mail: abo@libmag.de

Online-Bestellung: www.libmag.de oder QR-Code scannen

☐ Ich hätte gerne ein **Gratis-Abo** (inkl. Porto und Versand)

Ich bin damit einverstanden, dass die Daten elektronisch gespeichert werden, um von der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit auf weitere Aktivitäten aufmerksam gemacht
und über ihre Arbeit informiert zu werden. Wenn diese Mitteilungen nicht mehr gewünscht
sind, wird die Stiftung dies nach entsprechender Mitteilung beachten (§28, Abs. 4 BDSG)

Vorname Name _____

Straße Nr. _____

PLZ Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Erscheint 6x im Jahr | Auch als kostenfreie APP



Die neue Online-Heimat der Freiheit.

www.freiheit.org



Besuchen Sie uns unter
www.freiheit.org

Die neue Website der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit – wir freuen uns auf Ihren Besuch!

- Optimiert für Tablet, Smartphone und Desktop
- Informationen für Stipendiaten
- Übersichtliche Darstellung von Nachrichten, Meinungen und Analysen
- Mit einem Klick zu unseren Veranstaltungen
- Viele Themenseiten, u.a. zu TTIP, Digitaler Freiheit, den Anschlägen in Paris

